

Bezugspreis: Vierteljährlich 1,65 M., monatlich 35 Pf., frei ins Haus, voraus zahlbar. ...

Vorwärts

Anzeigenpreis: Die einspaltige Komparatanzelle kostet 16 Pf. ...

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Dienstag, den 23. Mai 1922

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Deutschlands Wirtschaftslage.

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt.

Wer erwartet hatte, daß die Ernährungsdebatte am zweiten Tage noch Ueberraschungen bringen könnte, sah sich enttäuscht. Minister Fehr, der ein wenig sorgenvoller als seinerzeit Herr Hermes das Amt eines Ernährungsministers führt, kündigte einen Regierungsentwurf über ein neues Umlageverfahren für Getreide an.

Darauf beginnt der Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Seine Besprechung wird eröffnet durch eine eindrucksvolle Rede des eben von Genua zurückgekehrten Reichswirtschaftsministers Genossen Robert Schmidt.

Das Grundübel unserer inneren Wirtschaft ist zweifellos die Kohlennot. Hier fand der Minister einige kräftige Worte gegen die Heße gegen die Bergarbeiter, deren harte Arbeit ihnen ein Recht auf eine Sonderstellung gibt.

Weniger erbaulich ist das, was der Minister über die geplante Stützungsaktion für die deutsche Presse mitzuteilen wußte. Bekanntlich haben die Zeitungsverlegerverbände umfassende Maßnahmen verlangt, um die Presse vor dem gänzlichen Verfall durch die maßlose Teuerung ihrer Rohmaterialien zu stützen.

Minister Fehr (U. Soz.) verlangt kräftiges Vorgehen der Regierung gegen eine Obstruktion der Getreidewirtschaft durch die Agrarier. Ein Vertreter des Ministeriums sagt, es würde nichts helfen, wenn man die Zuckerraffinerien zwingen würde, alle Vorräte herauszugeben.

Bei der Beratung des außerordentlichen Etats wendet sich Abg. Lind (Dnat.) gegen den kostspieligen Apparat der Reichsgetreidestelle und fragt, wo die 1 1/2 Milliarden geblieben sind, die die Landwirtschaft für zu billig geliefertes Getreide verloren hat.

Schmidt nicht mehr als allgemeine Ankündigungen über die Stützungsaktion der deutschen Presse geben konnte, nachdem Monate über die Vorberatung vergangen sind.

Daß Genosse Schmidt seit langem bemüht ist, die Auftragsvergebung der öffentlichen Hand so zu leiten, daß man bei einem etwaigen Eintritt der Krise der Industrie und dem Arbeitsmarkt zu Hilfe kommt, ist schon aus seinen früheren Reden bekannt.

Dem Genossen Hoch fiel die Aufgabe zu, dem Reichswirtschaftsminister gegen die unfaßlichen Einwendungen der Rechten an der Politik seines Amtes zu sekundieren.

(Schluß des Reichstagsberichts aus der Abendausgabe.)

Ein sozialdemokratischer Antrag, der gemeinsam mit den Unabhängigen eingebracht wurde, will die Regierung ermächtigen, die Ausfuhr von Spargelforsen nur in dem Maße zuzulassen, daß die Ernährung der einheimischen Bevölkerung nicht wesentlich beeinträchtigt wird.

Der Vertreter Braunschweigs im Reichsrat erklärt, daß die Leitung des Ernährungsministeriums in Braunschweig Gewähr dafür biete, daß die Frage der Ausfuhr von Gemüsekonserven objektiv beurteilt werde.

Abg. Schiele (Dnat.) geht nochmals auf die umstrittene Neuerung ein, die Dr. Hermes als Ernährungsminister angeblich über das Umlageverfahren gemacht haben soll.

Abg. Krähig (Soz.):

Auf dem Lebensmittelmarkt ist eine vollkommene Anarchie eingetreten. Im Verhältnis zu 1914 haben wir in der Ernährung eine Indexziffer von 2800 bis 3000. In den anderen Staaten beläuft sich diese Indexziffer nur auf einige Hundert.

Abg. Dr. Fehr (U. Soz.) verlangt kräftiges Vorgehen der Regierung gegen eine Obstruktion der Getreidewirtschaft durch die Agrarier. Ein Vertreter des Ministeriums sagt, es würde nichts helfen, wenn man die Zuckerraffinerien zwingen würde, alle Vorräte herauszugeben.

Abg. Hemeter (Dnat.) begründet die Stellung seiner Fraktion für Beibehaltung des Ministeriums und wünscht, daß besonders bei der Abteilung, die mit der Produktionsförderung betraut ist, das sachmännliche Element in stärkerem Maße herangezogen wird.

Minister Fehr erwidert darauf, daß dieser Forderung im großen und ganzen Rechnung getragen worden ist. Unter 50 höheren Beamten und Angestellten befinden sich insgesamt bereits 20 fachtechnisch Ausgebildete.

Der Streichungsantrag aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten wird angenommen.

Beratung des außerordentlichen Etats

Abg. Lind (Dnat.) gegen den kostspieligen Apparat der Reichsgetreidestelle und fragt, wo die 1 1/2 Milliarden geblieben sind, die die Landwirtschaft für zu billig geliefertes Getreide verloren hat.

Abg. Hoch (Soz.) betont, daß die Linke nur von dem Bestreben geleitet sei, den Rinderbesitzern die Möglichkeit zu geben, auch im nächsten Jahre Brot kaufen zu können.

hemittelten, sicherstellen wolle, dann hätte sie schon im Ausschuß Gelegenheit gehabt, Vorschläge zu machen. In den Anträgen der Rechtsparteien sei jedoch nichts enthalten, was auch nur andeuten könnte, wie sich die Rechte die Sicherstellung und Versorgung mit verbilligtem Getreide denke.

Nach einer Zurückweisung der Vorwürfe des Abg. Lind gegen die Reichsgetreidestelle durch den Staatssekretär Heinrich und einer Erweiterung des Abg. Lind darauf wird die Aussprache beendet.

Es wird weiter der Haushalt des Reichswirtschaftsministeriums beraten. Der Ausschuß schlägt dazu eine ganze Reihe von Entschlüssen vor, in denen u. a. die Regierung ersucht wird, auf eine erhebliche Steigerung der Kohlenproduktion, einen beschleunigten Abtransport der Lagerbestände und auf eine Verbesserung der Qualität der Kohlen hinzuwirken.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Abg. Dr. Rießer (D. Sp.), der u. a. eine Auskunft darüber verlangt, welche Maßnahmen getroffen sind, um angesichts der neuen Papierpreiserhöhung die Gefahr, die der deutschen Presse droht, abzuwenden.

Reichswirtschaftsminister Schmidt:

Unsere Wirtschaftsentwicklung stand und steht unter dem schweren Druck der Entwertung der Mark, die sich seit dem Herbst unangenehm fühlbar gemacht hat. Die Folge war eine Preisbewegung, wie wir sie bisher noch nicht gekannt haben. Das hat wieder außerordentlich unangenehme politische Rückwirkungen zur Folge, nämlich eine starke Unzufriedenheit in der Bevölkerung über die fortgesetzte plötzlich unermittelt eintretende starke Preiserhöhung und eine Bedrängnis weiter Kreise der Bevölkerung in ihrer gesamten Lebenshaltung und Lebenslage.

die Kartell- und Syndikatsorganisationen in einem Maße gewachsen

sind, wie wir es bisher nicht gekannt haben. Diese Organisationen machen die Preisbildung nicht vom Markt, sondern von ihrer Macht als wirtschaftliche Organisationen abhängig. (Sehr richtig bei den Soz.)

Die Beschwerden über Auswüchse des Kartell- und Syndikatswesens sollen einer Kartellkommission unterbreitet werden, die

Sich bisher bemüht hat. Weiter ist eine Schlichtungskommission eingesetzt, die die Beschwerden der Genossenschaften über Zurücklegung in der Belieferung prüfen soll. Wenn wir auf diesem Wege nicht zu einer

regelmäßigen Beachtung der Wünsche der Abnehmerkreise kommen, dann müssen wir natürlich erwägen, ob nicht gesetzgeberische Maßnahmen notwendig sind. Jede Bewegung des Auslandsverkehrs halte ich für wenig erwünscht, und grundsätzlich stehe ich auf dem Standpunkt, daß es volkswirtschaftlich notwendig ist, den Warenverkehr auch nach dem Auslande hin möglichst frei zu gestalten. Aber wir leben unter enormen Verhältnissen und würden die verarbeitende Industrie in höherem Maße schädigen, wenn wir den Verkehr frei und ungehindert hinausgehen lassen. Weiter müssen wir verhindern, daß die Ausfuhr zu einem allzu billigen Preise erfolgt; denn wir haben ein Interesse daran, daß die Differenz zwischen Inlands- und Auslandspreis nicht dem tausenden Staat, sondern unserer Volkswirtschaft erhalten bleibt. Wo es nur möglich ist, haben wir die Förderung des Außenhandels betrieben, wodurch wir zum Teil erhebliche Devisen hereinbekommen haben, die uns sonst nicht zur Verfügung gestanden hätten. Ist so eine gewisse Beschränkung der Ausfuhr noch notwendig, so dürften wir hoffentlich recht bald in der Einfuhr zu einer größeren, freieren Bewegung kommen. Die Zugswaren hoffen wir dadurch zurückhalten zu können, daß wir die Zollsätze sehr erheblich erhöhen.

Bei den wirtschaftspolitischen Fragen in Genua
zeigte sich die große Differenz in der wirtschaftlichen Gestaltung der einzelnen Staaten, aber dennoch ergaben sich gewisse einheitliche Auffassungen, die darauf hinausgingen, möglichst alle Beschränkungen, soweit sie nicht ein unbedingt dringendes Erfordernis sind, aufzuheben und zu beseitigen. Durch ein möglichst einheitliches Zolltariffschema sollen vor allen Dingen für die bedeutungsvollsten Industrie- und Handelsstaaten Erleichterungen im Zollverkehr eintreten. Nach dieser Richtung hin haben wir bereits große Vorarbeiten geleistet. Weiter wurde ausdrücklich festgelegt, daß wir bezüglich der Regelung der Reisbegünstigung zu einer Grundlage kommen müssen, die gewisse gleiche Rechte der einzelnen Nationen anerkennt. Ich glaube, daß dies auf wirtschaftlichem Gebiet ein Erfolg ist, den wir in Genua errungen haben, wenn er auch nicht unmittelbar in die Tat umgesetzt werden kann. Nach mühevollen Arbeiten ist es gelungen, eine ganze Reihe von Verträgen zum Abschluß zu bringen. Mit einigen Staaten stehen wir noch in Verhandlungen, und es ist zu hoffen, daß wir auch mit ihnen, insbesondere mit den Vereinigten Staaten, zu Wirtschaftsabkommen gelangen.

Der Stand unseres Außenhandels
war im vorigen Jahre gerade nicht günstig. Wir haben eine sehr starke passive Handelsbilanz. Die Einfuhr ist in diesen Monaten um 1,5 Milliarden im Monat stärker gewesen als die Ausfuhr. In den Monaten Dezember, Januar und Februar gestaltete sich die Handelsbilanz auf einmal zu einer aktiven. Der Ueberschuß betrug im Dezember 0,77 Milliarden, im Januar 1,7 Milliarden, im Februar 2,5 Milliarden und im März erschien bereits wieder ein Einfuhrüberschuß von 1,6 Milliarden. Die letzte Summe wird wahrscheinlich noch höher werden. Ganz unhaltbare Zustände haben sich bis in die jüngste Zeit auf dem Devisenmarkt herausgestellt. Die Bestimmungen des Devisenhandelsgesetzes haben der Spekulation einen Riegel vorgeschoben. Seit geraumer Zeit sind ernste Erwägungen im Gange, wie den Valutaschwundern in Deutschland, die sich in einer schwierigen Lage befinden, durch Reichshilfe entgegengekommen werden kann. Die Reichsregierung hat sich entschlossen, wirksam zu helfen.

Können wir den Bedarf an Kohle aus der eigenen Produktion nicht mehr decken.
Zu der niedrigeren Förderung von Steinkohlen kommt die Lieferung an die Entente, so daß wir mit einer dauernden Störung der Kohlenversorgung im Inlande zu rechnen haben. In absehbarer Zeit werden unsere Vorkrämmittel leider nicht in der Lage sein, die Beförderung der Kohle zu regeln, daher der Bedarf befriedigt werden kann. Die Folge davon ist, daß eine ganze Reihe von Industrien nicht in der Lage ist, ihre Exportmöglichkeiten wirklich auszunutzen. Durch die oberschlesische Auseinandersetzung wird die Kohlenproduktion außerordentlich beeinträchtigt, und es ist damit zu rechnen, daß die an Polen abgetretene Industrie sich nach dem Osten orientieren, dort ein Absatzgebiet finden wird und für Deutschland verloren geht. Wollen wir aus dem Inlande die Kohlen für unsere Industrie haben, dann müssen im Ruhrgebiet neue Felder erschlossen werden. Eine Reihe von Bergbau-

betrieben sind technisch nicht auf der Höhe, und es ist dringend notwendig, nachzusehen, was hier verfaulend wurde. Im rheinisch-westfälischen Bezirk ist die Belegschaft in der letzten Zeit um 5000 Mann zurückgegangen, die in andere Industrien gewandert sind. Um eine weitere Abwanderung zu verhindern, muß ein gewisser Anreiz für diese gefährliche Arbeit gegeben werden, und darum habe ich mich nie gegen höhere Löhne und eine gewisse Beschränkung der Arbeitszeit in diesen Betrieben gestäubt. Mit großer Freude und innerer Ueberzeugung fordere ich deshalb auch nicht von den rheinischen Bergarbeitern Ueberschichten. Ihre harte Arbeit gibt ihnen ein Recht auf eine Ausnahmestellung unter allen anderen Berufen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wer mit den Bergarbeitern unzufrieden ist, der sollte erst einmal selber in die Grube fahren. (Lebhafte Beifall links.)

Ich hoffe, daß wir für eine Zeitlang die Bergarbeiter vielleicht zu einem Ueberschichtenwesen bekommen. Aber wir können solange keine längere Arbeitszeit von ihnen verlangen, solange die großen Halbenbestände daliegen. Es liegen noch viele nicht erschlossene Felder tot da, die unbedingt ausgebeutet werden müssen. Ich hoffe, daß es möglich sein wird, mit dem preussischen Handelsminister zu einer Verständigung zu kommen und mit Hilfe des Reiches, Preußens und der privaten Unternehmungen ein Unternehmen aufzurichten, das die Felder erschließt und unsere Kohlenproduktion erhöht.

Am Kalibergbau macht sich die eisässische Konkurrenz, die heute schon ein Viertel des Weltbedarfs deckt, sehr unangenehm bemerkbar. Trotzdem haben wir eine erhebliche Steigerung im Preise für Kali, was sehr unangenehme Folgen für die Landwirtschaft hat. In der Eisenindustrie sind wir zu einer Aufwärtsbewegung der Preise gekommen, leider mehr, als nach meiner Ansicht gut und zu verantworten ist. Auch auf dem Schrottmittel haben wir eine Preissteigerung bis zum Hundertfachen. Enorme Gewinne werden erzielt. Die Verteilung des Benzols war mit so viel Schwierigkeiten verbunden, daß wir uns selber entschließen mußten, die vollständige Freigabe des Benzols herbeizuführen. Damit ist natürlich auch eine bedauerliche Preissteigerung eingetreten.

Um der Not der Presse zu steuern,
sind zunächst die Tarife für Zeitungspapier herabgesetzt worden. Unsere Absicht, die Gewinne bei der Ausfuhr von Papier zu erfassen, ist auf ungeheure Schwierigkeiten gestoßen. Die Außenhandelsstelle für Druckpapier hat einstimmig, auch mit den Stimmen der Arbeitnehmer, abgelehnt, 60 Proz. des Mehrgewinns bei der Ausfuhr von Zeitungspapier zur Senkung des Papierpreises zur Verfügung zu stellen. Das soll technisch nicht möglich sein. Es stellt sich nämlich immer zur rechten Zeit eine technische Unmöglichkeit heraus. Wir wollen versuchen, auf einem anderen Wege etwas zu erreichen. Der Papierpreis ist vom Holzpreis abhängig. Ob es notwendig ist, daß wir zu Papierholzpreisen von 600 bis 900 Mt. pro Raummeter kommen, dafür erscheint mir der Beweis noch nicht erbracht zu sein. Von der Regierung aus können unmöglich aus allgemeinen Mitteln noch mehr Summen zur Senkung der Papierpreise zur Verfügung gestellt werden. Die Baustoffindustrie für Siedlungs- und Kleinwohnungsbau wird von der Regierung nach besten Kräften, vor allen Dingen durch bessere Kohlenbelieferung, gefördert. Die aus der Kapitalknappheit erwachsenen Schwierigkeiten des gewerblichen Mittelstandes werden Gegenstand eingehender Beratungen sein.

Es wird meine Sorge sein, einen stillen Abstieg der Wirtschaftskurve abzumildern.
Als eine der Maßnahmen, die hierzu geeignet sein können, habe ich die Stützung der deutschen Industrie durch weitere Auftragsvergebung seitens staatlicher Stellen schon jetzt stark betont. Die Aufträge sollen vergeben werden, wenn ein wirklicher Mangel an Beschäftigung vorliegt, und im Zeichen der guten Geschäftskonjunktur, soweit das möglich ist, zurückgehalten werden. Vor allen Dingen aber müssen unsere industriellen Einrichtungen den ausländischen Wettbewerbern ebenbürtig werden. Den schweren Krisen in unserem Wirtschaftsleben werden wir nicht entgehen können, aber wir müssen nach Möglichkeit versuchen, zu ihrer Wäderung beizutragen, und dazu ist notwendig, die Kräfte zu entwickeln, die die Entstehung solcher Krisen verhindern können. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Hammer (Dnat.) trägt Klagen und Forderungen des Handwerks vor.

Abg. Hoch (Soz.):
Dem schamlosen Wucher muß energisch entgegengetreten werden, zumal die Arbeiterschaft außerordentlich leidet, weil ihre Löhne zum Teil noch nicht auf das Gefasste gestiegen sind. (Zuruf rechts: Sie haben in der Regierung gefasste, nicht wir!) Lärmende Unter-

brechungen der Rechten zwingen den Redner, sich mit lauter Stimme Gehör zu verschaffen, was den Vizepräsidenten veranlaßt, ihn aufzufordern, in anderem Tone zu sprechen. Nachdem wieder Ruhe eingetreten ist, fährt Hoch fort: Die Profite des Kapitals sind ständig gewachsen, und trotzdem wird von der rechten Seite verlangt, daß man die Arbeitszeit verlängert. Die Deutschnationale Partei, deren Anhänger die Preise für die notwendigsten Lebensmittel unerhöht gesteigert haben, trägt am meisten dazu bei, daß die Arbeiter nicht mehr leisten können. Die Industrie zieht zum großen Teil aus der Inflationsdifferenz ungeheure Gewinne, die es allen Teilen des Volkes zur Pflicht machen,

Dieser Ausbeutungspolitik entgegenzuarbeiten.
Die Preisgestaltung muß unbedingt kontrolliert werden. Die wenigen Papierfabriken, die wir im Lande haben, müssen unter die Kontrolle der Regierung gestellt werden. Auch die Zuckerwirtschaft sollte sich der Minister einmal sehr genau ansehen. In rücksichtsloser Weise muß die Ausfuhr überwacht werden. Wenn wir wieder zu einer Besserung der Verhältnisse kommen wollen, dann muß diese gewissenlose Profitwirtschaft ein Ende nehmen. (Beifall links.)

Abg. Knieß (Dem.) verlangt Hilfe für den gewerblichen Mittelstand.
Nach 6 Uhr wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Bestechungsgelder für den Kapp-Putsch.

Unter der Anklage der Bestechung hatte sich der Major a. D. Erich Jansen vor der Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Der Angeklagte hatte die Einwohnerwehren in Preußen ins Leben gerufen, während unabhängig davon der Reichswehrminister eine Reichsstelle für denselben Zweck eingerichtet hatte. Herr Jansen trat ins preussische Ministerium des Innern ein und hatte die Angelegenheiten der Einwohnerwehre zu bearbeiten. Diese sollte eine politisch neutrale Organisation darstellen. Jansen vermittelte die Versicherung der Mitglieder der Einwohnerwehre bei zwei Versicherungsgesellschaften. Dem Angeklagten wurden

für die Vermittlung Provisionen zugesprochen, deren Beträge er nicht für sich verwandte, sondern einem sogenannten „schwarzen Fonds“ überwies. Dieser sollte nach der eigenen Angabe des Angeklagten dazu dienen,

die Einwohnerwehre nach rechts umzustellen
und dazu mitwirken, seine politischen Ideale zu verwirklichen, d. h. den Kapp-Putsch vorzubereiten. In den „schwarzen Fonds“ sind im ganzen etwa 60 000 M. gelangt. —

Der Staatsanwalt hielt diese Hingabe von Geldern an ihn für den Tatbestand der Bestechung. Das Gericht erkannte auf Freisprechung!

Das Gericht hat festgestellt, daß der Angeklagte das Geld als Vermittlungsgebühr für die von einzelnen Mitgliedern abgeschlossenen Versicherungen erhalten hat, die nicht zum Bereich seiner amtlichen Tätigkeit gehörten. Das Gericht hat ferner festgestellt, daß von einer Bestechung, durch welche der Angeklagte einen Vorteil hatte, nicht die Rede sein könne. Die Beträge sind in einen schwarzen Fonds geflossen; wenn der Angeklagte mit diesen Einzahlungen auch bestimmte politische Ziele verfolgt hat, so sei doch nach keiner Richtung hin erwiesen, daß er persönlich irgendeinen Vermögensvorteil hatte. Da eine strafbare Handlung nicht vorliege, erübrige sich die Erörterung dieser Frage, ob die Beträge zur Vorbereitung für den Kapp-Putsch verwendet werden sollten und aus diesem Grunde die Amnestie Anwendung zu finden hätte.

Soweit das Gericht.
Wichtiges als die originelle Begründung der Freisprechung ist, daß wieder einmal auf die „politisch-neutrale“ Leitung der Einwohnerwehre schlagartig Licht fällt. Man sieht dabei, mit welchen Mitteln und nach welcher Richtung gearbeitet wurde.

Neue Liquidationen in Polen! Die Liquidationskommission in Posen, die auf Grund des Verfallter Friedensvertrages ihre Tätigkeit ausübt, hat zehn deutschen Eigentümern mitgeteilt, daß sie bis zum 10. Juli d. J. auf dem Liquidationswege ihre Güter zu verkaufen haben.

Wie man es machen muß.

Von Fritz Müller, Chemnitz.

Erich Huhn ist Beamter. Seine Arbeiten erledigt er schnell und sicher, ohne sich bei Kleinigkeiten aufzuhalten. Er versteht auch eine Menge von dem, was nicht in sein Fach einschlägt. Noch unten hin ist er sehr gemütlich und bildet sich nichts, aber auch gar nichts ein. Seinen Vorgesetzten gegenüber aber hat er einen steifen Roden, läßt sich nicht das Geringste gefallen und sagt ihnen gründlichst seine Meinung. Er ist deshalb „oben“ nicht gut angeschrieben. In seinen Personalakten steht: „Nüchtern und selbständige Kraft; aber u. u.“ (d. h. „unbequem untergeordnet“!).

Den „übergeordneten Stellen“, die ihm nicht wohlwollen, ist es nicht leicht, ihm „eins auszumischen“. Zu disziplinierten Einschreiten wegen schlechter Amtsführung gibt er keinen Anlaß. Macht man ihm „wegen zu großer Selbständigkeit und wegen mangelnder Ehrerbietung gegen seine Vorgesetzten“ Vorhalte, so beschwert er sich auch über die harmloseste Klage und ruht nicht eher, bis die Klage „mit dem Ausdruck des Bedauerns über diesen Mißgriff“ zurückgenommen ist. Beim Auftritten kann man ihn nicht gut übergehen, weil Leute wie er, die sich schnell in jede Lage finden, äußerst selten sind. Wird er aber einmal zurückgesetzt, so macht er sich nichts daraus; denn er ist weder ehrgeizig noch über das ihm etwa entgehende Mehr an Gehalt ärgerlich.

Nur ein Mittel gibt es, das man gegen ihn mit Erfolg und ohne Gefahr anwenden kann, die Verjagung. Von diesem Mittel hat man ausgiebigen Gebrauch gemacht. Während des Krieges wurde er neumann verjagt, und zwar nie aus disziplinarischen Gründen, sondern stets „im Interesse des Dienstes“. Nach der Umwälzung ging die Verjagung weiter. Fürchtete man doch, er würde seinen Kollegen zeigen, welche Rechte ihnen die Revolution gebracht hat, und sie gegen die Vorgesetzten aufheben!

Daß er bald hier, bald dort beschäftigt wurde, störte Erich Huhn durchaus nicht. Im Gegenteil! Er freute sich, wie kein anderer, in kurzer Zeit die Vielseitigkeit des Dienstes kennen zu lernen. Schließlich aber sehnte er sich nach mehr Ruhe und Stetigkeit. Da war er auf einen Posten gestellt worden, der bei seinen Kollegen sehr ungeliebt war. Ihn aber gefiel er. Das Amt lag nicht weit von seiner Wohnung entfernt. Sein Arbeitszimmer war zwar alt, jedoch äußerst gemütlich eingerichtet. Die Art der Arbeit behagte ihm. Und der Vorgesetzte, der allgemein gefürchtet war, behandelte Erich Huhn äußerst vorsichtig und war froh, wenn ihn der „u. u.“ in Ruhe ließ.

Hier ist gut sein. Hier laßt uns Hütten bauen! dachte Erich Huhn. Aber wie sollte er es anfangen, um auf diesem Posten zu bleiben? Hätte er in einer Eingabe dargelegt, daß es ihn hier gefalle, und gebeten, ihn nicht wieder zu verjagen, so wäre er bald weiter verjagt worden. Selbstverständlich „im Interesse des Dienstes“. Erich Huhn fing es anders an. Er begab sich aufs Personalamt und

zeigte dort, daß es ihm unmöglich sei, auf dem neuen Posten auch nur einen Monat auszuhalten. Die Räume seien ungesund, das Publikum falle ihm auf die Nerven, die Arbeit liege ihm nicht usw. Dann bat er, ihn „tunlichst bald“ wo anders unterzubringen. „Wir wollen sehen, was sich machen läßt!“ sagte man ihm zum Abschied.

Erich Huhn hatte richtig spekuliert. Er wurde nicht wieder verjagt; und er wird erst dann verjagt werden, bis er einmal darum nachsucht, an der jetzigen Wirkungsstelle bleiben zu dürfen!

Der Wiener Männergesangverein in Berlin. Der berühmte Wiener Männerchor ließ sich gestern, nachdem alle politischen Empfindungen und Segenssprachen vorüber sind, endlich für seine musikalischen Leistungen ehren. Gewiß: Die Desterreicher, die Wiener zumal, stehen unserem Herzen nahe, und geteiltes Leid wird halbes Leid, wenn sich die Hände zum Bruderbund finden. Aber mächtiger schlagen in aller Welt die Herzen sich entgegen, wenn sich in der Musik die gleichen Schwingen der Begeisterung heben. Wien hat mehr musikalische Genien in seinen Mauern als Schaffende geboren, die Erde Wiens deckt mehr Fürsten der tönenden Kunst als die ganze übrige Welt. Das führt auf den Stil und auf die Haltung all der Männer von heute, die teilhaben an Kunstschaffen. Die größten Komponisten haben seit achtzig Jahren dem Wiener Männergesangverein Chorwerke gewidmet, und in die ganze Welt haben seine Sänger deutsches Lied, deutsche Kultur singend getragen. Unter ihrem praktischen Einfluß hat sich das Niveau des gesamten Männergesangvereins gehoben, aus der alten Liedertafel ist ein wirklicher Kunstchor geworden.

Diesem Eindruck hatte man auch gestern, als sehr schwere und musikalisch bedeutungsvolle Werke von Reiter, Schubert, Schumann, als die komplizierten Gebilde Brucknerscher Arbeit durch die Philharmonie klangen. Wie das alles technisch gemacht, wie es dynamisch gesteuert und sauber gesungen war, erregt Bewunderung. Das Stimmaterial entbehrt der entscheidenden Schönheit unserer rheinischen Chöre; so gleichen sich die Farbcharaktere der tiefen und hohen Lagen aus, glätten sich zu einem einzigen großartigen Klang, in dem nichts hervorsticht, nichts unterdrückt ist. Diese vollendete Einheit in der Vielheit ist der größte Vorzug neben der künstlerischen Auswahl des Programms. An rhythmischer Straffheit und an Nuancen der Temperamentsfala blieben die Herren gestern etwas zurück. Karl Luce, der Chormeister und Nachfolger Henbergers, sorgt für Gediegenheit, Sorgfalt, Solidität des Singens, dem nur ab und zu ein Schuß Roserei gut täte. Der Bracht und der Kultur des Refinementes erlagen die Zuhörer dankbar, und trotz der hitzigen Atmosphäre wurden Zugaben gern gespendet.

Die Hauptmann-Festspiele in Breslau. Der Ehrenausdruck für die Gerhart-Hauptmann-Festspiele, dem u. a. Reichspräsident Ebert, Reichsstaatsabg. Löbe und zahlreiche andere Vertreter der Regierung, der Presse, der Literatur und Kunst angehören, trägt einen Ruf an das deutsche Volk.

In markanten Worten wird seine Bedeutung für Deutschland für die Kulturwelt hervorgehoben, seine Wirkung aus dem Volk und ins Volk festgestellt und seine innige Verbindung mit dem Mutterboden betont.

„Wir rufen das deutsche Volk auf“ — fährt der Rufus fort — „mit dem Dichter zurückzublicken auf sein Werk. Die Gabe, die ihm geboten werden soll, ist nur sein eigenes Werk an die Kulturwelt. Seine hervorragenden Werke sollen in der Hauptstadt seiner engeren Heimat, in Breslau, von den besten Künstlern Deutschlands unter der Führung der ersten Spielleiter dargestellt werden.“

Die Gerhart-Hauptmann-Festspiele, die vom 8. bis 21. August d. J. im Stadt- und Lobe-Theater, sowie in der für diesen Zweck eingerichteten Jahrhunderthalle Breslau stattfinden, sollen die Deutschen aller Stände vereinen. Sie sollen, über die Fier des Dichters hinausgehend, nicht nur auf deutsches Kulturgut hinweisen, sondern auch zeigen, daß eine Nation selbst unter den größten materiellen Kümernissen, selbst unter Not und Bedrückung ihre kulturellen Werte zu schätzen weiß.

Das deutsche Volk ehrt nur sich selbst, wenn es dem Dichter huldigt, der die Quelle aller seiner glücklichen und schmerzlichen Schicksale mit weher Liebe aufdeckt, indem er seinen Florian Oeger den Dösch „Der deutschen Zwittertracht mitten ins Herz“ zielen läßt. Möge dieses brennende Wort zu Standen werden vor dem einmütigen Willen der Deutschen, ihren Dichter festlich zu ehren.“

Sonntags-Freikonzerle. Die Sonne lachte vom Himmelszelt, im Malengrün prangte der Schöneberger Stadtpark am Sonntag, und inmitten einer riesigen Zuhörermenge gab unter Alexander Weinbaums Leitung der Gesangverein „Typographia“ ein Konzert, das hohen künstlerischen Genuß bot. Ausgehender Beifall lohnte die Gaben der Sänger, die damit in ungleichmäßiger Weise vielen eine würdige Sonntagsfeier bereitet haben.

Es war nicht das erstemal, daß einer der vielen Groß-Berliner Gesangvereine ein Gratiskonzert veranstaltete, aber diese öffentliche Wirksamkeit wurde in letzter Zeit nur von wenigen gepflegt. Und doch wäre es gerade zur jetzigen Zeit notwendig, durch derartige Veranstaltungen Musik, Freude und Sonnenschein in das Leben der Bevölkerung zu bringen. Wenigen ist es noch vergönnt, ein gutes Konzert zu besuchen, und selbst die zu billigen Preisen veranstalteten Konzerte sind für viele unerschwinglich. Daher ist es dankbar zu begrüßen, daß der Berliner Magistrat dem Arbeiter-Sängerbund und dem Bund Berliner Männerchöre je 10 000 M. zur Verfügung gestellt hat, mit der Verpflichtung, dafür 46 Konzerte in den öffentlichen Parkanlagen Wochentags und Sonntags während der Monate Juni bis August zu veranstalten. Diese dafür ausgeworfene Summe, die nicht einmal das Fährmaß für die Sänger deckt, wird reichlich Zinsen tragen. Die innere Befriedigung, einem guten Werk zu dienen, ist der Lohn, mit dem sich die Mitwirkenden begnügen müssen.

Wie wäre es, wenn sich auch unsere guten Musikvereine an diesem edlen Wettbewerb beteiligten? Wie dankbar würde es empfunden werden, wenn z. B. an einem schönen Sonntagsnachmittage mehrere Kapellen auf den Spielwiesen des Treptower Parks ihre Weisen erklingen ließen? Es soll ja damit nicht den Besuchsmitgliedern eine Konkurrenz bereitet werden, sondern den Mitgliedern selbst würde es eine Genugung sein, öffentlich sich einmal hören zu lassen. Singt und musiziert einmal vor den Anstalten des Friedrich-Wilhelm-Hospitals in der Fröbelstraße, in den Anlagen der Anhalt Ruhlgarten bei Wiesdorf, vor unseren alten Leuten in Buch usw., ihr werdet kaum wieder solch dankbares Publikum haben.

Die Wiener beim Reichspräsidenten.

Der Wiener Männergesangsverein wurde am Montag nachmittag vom Reichspräsidenten empfangen. Anwesend waren außer den Wienern der Präsident des Reichstages Uebe als Vorsitzender des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes, der Oesterreichische Gesandte, die Reichs- und Staatsminister und Vertreter der Literatur, Kunst, Musik und Presse. Reichspräsident Ebert begrüßte die Sänger mit herzlichen Worten, in denen er seiner Freude Ausdruck gab, die Wiener Gäste bei sich begrüßen zu dürfen. Deutschland und Oesterreich verbinde die Gewißheit untrennbarer Zusammengehörigkeit. Der Vorsitzende des Wiener Gesangsvereins, Dr. Krügel, dankte dem Reichspräsidenten und gelobte aufs neue die Treue der Deutsch-Oesterreicher zum Deutschen Reich. Der Wunsch aller Deutsch-Oesterreicher sei, daß recht bald der Tag kommen möge, an dem die Vereinigung aller Deutschen in einem Staate zur Tatsache werde.

Die Auseinandersetzung mit den Hohenzollern

Der amtliche preussische Pressedienst berichtet die von uns gebrachte Meldung des Sozialdemokratischen Pressedienstes, daß im Zusammenhang mit einer Frontänderung des preussischen Finanzministers in der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern auch Personalveränderungen vor sich gegangen seien. Die amtliche Erklärung ist für den Kenner der Verhältnisse so naiv, daß wohl bei der Abfassung des Dementis schon damit gerechnet worden ist, es werde nicht allzu ernst genommen werden.

Wichtiger ist der zweite Teil der amtlichen Mitteilung. Sie lautet:

Niemals ist die Ueberweisung von 200 Millionen Mark nach Doorn an den früheren Kaiser beabsichtigt gewesen oder jetzt in Aussicht genommen. Es hat auch niemals die Absicht bestanden, die Eigentumsansprüche der Hohenzollern unter Umgehung des Parlaments zu regeln und dieses vor vollendete Tatsachen zu stellen. Es gibt auch kein allgemeines Schlichtungsgesetz oder ein anderes allgemeines Gutachten über die Ansprüche der Hohenzollern, vielmehr bestehen eine Reihe von Gutachten sowohl von Schlichtern als auch von anderer Seite über einzelne Ansprüche. Der Finanzminister hat niemals das Schlichtungsgutachten über die Ansprüche der Hohenzollern beiseite gelegt und sich auf den Boden eines allgemeinen Gutachtens gestellt. Er hat vielmehr die Angelegenheit sowohl mit Vertretern des vormaligen Königshauses wie mit dem preussischen Justizminister erörtert und wird nunmehr auf Grund dieser Erörterungen seine Anträge an das Staatsministerium richten. Die einzelnen Minister werden hierzu Stellung nehmen, und Sache des Staatsministeriums wird es dann sein, sich über die weitere Behandlung der Angelegenheit und über eine Vorlage an den Landtag, über die der Staatsrat vorher zu hören ist, schlüssig zu machen.

Aus diesen Mitteilungen ist zu entnehmen, daß das preussische Finanzministerium tatsächlich einen neuen Auseinandersetzungsentwurf fertiggestellt hat. Sein Text wird abzuwarten sein, zudem hat er noch verschiedene kritische Stellen zu passieren. Aber schon jetzt ist grundrichtig betont, daß wir nicht daran denken, auf dem Umweg über „objektive und neutrale“ Schlichtergerichte und ähnliche juristische Brücken den Hohenzollern Werte zuzubilligen, die dem Staate aus geschichtlichen, tatsächlichen und sachlichen Gründen gehören.

In diesem Zusammenhang eine Frage. Bis zu diesem Tage hat Wilhelm von Doorn noch keinen Pfennig Steuern gezahlt. Wann denkt der Herr Finanzminister als Zwangsverwalter des Hohenzollernvermögens dafür zu sorgen, daß die zuständigen Finanzbehörden, einstweilen wenigstens Teilsteuerzahlungen leisten?

Kommunalwahlen in Eupen und Malmedy. Agence Belge meldet: Bei den in den Kreisen Eupen und Malmedy abgehaltenen Kommunalwahlen haben die Listen, die von den von der belgischen Regierung ernannten Bürgermeistern unterstützt werden, im allgemeinen die Stimmenmehrheit.

Als im vorigen Jahr der Gesangsverein „Epigraphia“ bei einem Ausflug vor den Patienten der Heilstätte Grabowsee ein Konzert veranstaltete, wie schlugen da die Herzen höher, wie röteten sich die blauen Wangen, und Hoffnung und Lebensmut zog in die Brust der Kranken! Selten sahen wohl Sänger zufriedener von einem Ausflug heimwärts als an diesem Tage.

William Baffin. (Zu seinem 300. Todestage, dem 23. Mai.) Der Name des englischen Seefahrers William Baffin lebt in der Baffinsbai fort, die von ihm festgelegt wurde. Baffin, der 1584 geboren wurde, war einer der gebildetsten und heroischsten Seefahrer seiner Zeit. Der erste, der auf der See Vögelbestimmungen durch Monddurchgänge machte. Als Steuermann verschiedener führender Seefahrer nahm er an großen Reisen teil und begleitete die 1612 und 1616 ausgerüsteten Expeditionen, die eine Durchfahrt durch die Davisstraße an der Nordküste Amerikas vorhielten in den Stillen Ozean suchten. Die letzte Expedition gelangte nun 1916 bis zum Smith-Sund unter dem 78. Grad nördlicher Breite und beobachtete hier die größte bekannte Abweichung der Magnetnadel, 56 Grad von Norden nach Westen. Auf seine Autorität hin nahm man nördlich von der Davisstraße eine große Bai an, die seinen Namen erhielt. Seine Erklärung, daß eine nordwestliche Durchfahrt nicht vorhanden sei, war die Ursache, daß die zulezt von ihm durchgeführten Seefahrer zwei volle Jahrhunderte, bis 1818, nicht wieder belacht wurden.

Die spätere Lebenszeit des Entdeckers war durch tragische Schicksale verhängt. Er hatte sich dadurch, daß er jede Hoffnung auf eine Durchfahrt abschchnitt, den Haß aller Seefahrer zugezogen, die weitere Nordwestfahrten unternehmen wollten; er trat daher in den Dienst der ostindischen Kompanie und ging nach Indien, wo er die südlichen Küsten des Indischen Meeres und Persischen Golfs vermaß. Bei der Belagerung von Ormus durch die Engländer und Perser wurde er am 23. Mai 1622 von einer Kanonenkugel getötet. Das von ihm zuerst festgestellte Polarmeer ist für immer mit seiner Persönlichkeit verknüpft, aber sein Ruhm und seine Verdienste fanden erst in viel späterer Zeit die verdiente Anerkennung.

Das Akademische Institut für Kirchenmusik in Charlottenburg. Die alteste Musikhochschule Berlins, steht in den Abhängen auf ihr hundertjähriges Bestehen zurück. Mit ihr auch noch auch ein wenig hervorzugetreten, so hat sie durch ihre intensive Arbeit für unsere Kultur im inneren Lande eine umso nachdrücklichere Wirksamkeit entfaltet. Besorgte sie doch die Schulen und Seminare mit Musiklehrern. Hatte sie doch den großen Chordirektoren die Leiter, den Kirchen die Organisten und Chorleiter. Neben einem hellen Saal am Wittmoos, den 7. Juni, abends, ein Konzert im großen Saal der Hochschule für Kunst hat, dessen Programm der Wohlthätiger des akademischen Instituts für Kirchenmusik unter der Leitung seines Leiters Prof. Karl Hehl bestritten wird.

Bühnendramat. Die Direktion des Deutschen Theaters hat den Formidablen Künstler E. Villard als künstlerischen Leiter und Leiter des Dekorationswesens durch mehrjährigen Vertrag verpflichtet.

Bernardo de Mars, der führende Tenor Italiens, kommt Anfang Juni nach Berlin, um an einigen Abenden an der Staatsoper in seinen Gesangsrollen zu glücken.

Der Leiter des Petersburger Konservatoriums ist der berühmte Komponist Glazunow, der vor kurzer Zeit auch in Berlin ein Konzert veranstaltete, ernannt worden.

Freigabe der Zuckereinfuhr.

Angeichts der Zuckerknappheit hat der Reichsernährungsminister nunmehr die Einfuhr von Auslandszucker bis auf weiteres völlig freigegeben. Produzenten und Händler haben erreicht, was sie mit der freien Wirtschaft erreichen wollten, nämlich, daß der Verbrauchszucker zum Weltmarktpreis an den Verbraucher gelangt. Denn die Freigabe der Zuckereinfuhr, so erwünscht sie im Interesse der Versorgung der Bevölkerung ist, wird bewirkt, daß nicht nur der aus dem Ausland hereinkommende, sondern auch der früher von Händlern und Schiebern aufgekauft und „auf Reisen“ befindliche Inlandszucker jetzt zum Auslandspreis am Markt erscheint — derselbe Zucker, für den sie noch den Preis von 5—10 M. pro Pfund bezahlt haben, wird so um etwa 20 M. an den Verbraucher gelangen. Der Zucker war bereits so toll, daß schon dieser Preis einen Druck auf die noch höher stehenden Preise für den im freien Verkehr befindlichen Zucker ausübte.

Wie gesagt, besteht die Gefahr, daß jetzt aller Zucker zum Auslandszucker gestempelt wird, abgesehen von den verhältnismäßig geringen, für die Versorgung jedenfalls unzureichenden Mengen, die auch in der Zeit milderer Preistreiber durch den ehrlichen Handel zu einem den Fabrikpreisen entsprechenden Kleinhandelspreis auf den Markt kamen. Es ist daher dringend zu fordern, daß die Zuckererzeugung mit aller Energie denjenigen Fällen nachgeht, wo Inlands- als Auslandszucker verkauft wird. Auf die Dauer wird freilich auch die rückwärtslose Zuckererzeugung den Unterschied der beiden Preise nicht aufrechterhalten können. Aber es ist notwendig, daß denjenigen Leuten, die den Zustand der Nahrungsgüter durch ihre Aufkäufe zum Zweck wucherischer Geschäfte herbeigeführt haben, einmal eine Lektion erteilt wird und daß ihnen ihre Wuchererträge abgenommen werden.

Propaganda für Schutzzölle auf Zucker.

Obwohl die jetzige Lage der Zuckererzeugung hauptsächlich der Arbeit der Zuckerindustrie zu verdanken ist, die zwar ihre Gewinne in Sicherheit zu bringen wußte, sich aber trotz ihres straffen Zusammenschlusses um eine ordnungsgemäße Verteilung nicht im geringsten kümmerte, bekommen es jetzt die Zuckerindustriellen fertig, Einfuhrzölle zu verlangen, um die Preise noch höher treiben zu können.

Die Zuckerfabrikanten haben bei den letzten Besprechungen im Reichsernährungsministerium erklärt, daß die Freigabe der Einfuhr für Auslandszucker eine so schwere Gefährdung für die deutsche Zuckerfabrikation bedeute, daß sie alle Folgen ablehnen müßten. Die deutsche Industrie könne bei freier Einfuhr des Zuckers nicht mehr konkurrenzfähig bleiben und die Folge müßte ein Erliegen vieler Betriebe sein. Deshalb hat die Zuckerindustrie die Forderung erhoben, die Regierung solle, wenn schon die Zuckereinfuhr unbedingt nötig sei, einen Einfuhrzoll von 1400 M. auf den Doppelzentner Importzuckers legen.

Der Reichsernährungsminister hat auf diese Vorstellungen der Industrien alle Interessen zu einer erneuten Besprechung geladen, die voraussichtlich am Mittwoch stattfinden wird. In dieser Verhandlung wollen die Vertreter der Konsumenten und der Zucker verarbeitenden Industrie gegen den von den Zuckerfabrikanten gewünschten Einfuhrzoll energisch Verwahrung einlegen. Ein Zoll von 1400 M. auf den ohnehin teuren Auslandszucker würde einen Import nahezu unmöglich machen. Da amerikanischer Zucker gegenwärtig 18,25 M. kostet, würde der Zoll nicht weniger als 7 M. pro Pfund betragen. Hierzu kämen noch die Transportkosten, die Verdienstsparne für den Groß- und Kleinhandel sowie die übrigen Spesen, so daß ein Pfund Auslandszucker dann fast 30 M. erreichen würde. Die Vertreter des Handels betonen nachdrücklich, daß ein solcher Preis für eines der wichtigsten Nahrungsmittel für den weitaus größten Teil der Bevölkerung unerträglich sein würde. Der Reichsernährungsminister soll nochmals in einer von sämtlichen Interessenten unterzeichneten Eingabe ersucht werden, die Zuckereinfuhr wenigstens bis zum Beginn der neuen Ernte ohne legendewelchen Aufschlag freizugeben, da die deutsche Zuckerindustrie sich unfähig erwiesen habe, den ihr obliegenden Verpflichtungen nachzukommen.

Daß die angebliche Gefährdung der Zuckerindustrie nichts als eine Redensart ist, ersieht man schon daraus, daß das Zuckerzollgesetz heute einen Preis von 2000 M. je Doppelzentner Zucker verlangt, so daß der Auslandspreis von 3550 M. dieser keine Konkurrenz für den Inlandszucker darstellt. Aber auch dieser Inlandspreis baut sich nicht auf die gegenwärtigen Produktionskosten auf, sondern auf die erhöhten Rübenpreise, die die Zuckerwirtschaftsleute den Landwirten nach der nächsten Ernte zahlen will. Von einer „Gefährdung der Industrie“ jetzt schon zu reden, ist daher eine Unwahrscheinlichkeit, es sei denn, daß die Fabrikanten die Absicht haben, auch ihre jetzigen, bereits überhöhten Preise weit über den Weltmarktpreis hinauszutreiben. Dem aber müßte erst recht entgegengetreten werden.

Das Urteil der „Wissenden“.

Seitdem die „Freiheit“ ihre neue radikalprobierte Redaktion hat, ist ihr geistiger Kampf gegen die alte Sozialdemokratie zu einer erstaunlichen Höhe emporgewachsen. Auf derselben Höhe steht ihr Nachrichtenendienst. Unter der geheimnisvollen Ueberschrift: „Das Urteil eines Wissenden“ berichtet sie ihren Lesern, daß in Fulda die gesamte rechtssozialistische Ortsgruppe sich mit ihrem wegen politischer Differenzen ausgeschlossenen Vorsitzenden solidarisiert und der SPD den Rücken gelehrt habe; daß ferner in München der Redakteur Kille von der „Münchener Post“ in einer öffentlichen U.S.P.D.-Versammlung sich gegen das Verhalten der Parteileitung und namentlich unseres Genossen Erhard Auer ausgesprochen habe. Schließlich brachte sie Ausführungen eines in Bremen von der Sozialdemokratie zur U.S.P.D. übergetretenen Mannes, namens Vuhmann, der sich sehr radikal gegen die Koalitions-politik ausgesprochen und erklärt hat, daß er so lange der SPD nicht angehören könne, als diese „dauernd den Bürgerlichen Konzeptionen mache“.

Was zunächst den Fall Fulda anlangt, so ist es richtig, daß eine von dem früheren Vorsitzenden der Ortsgruppe einberufene Versammlung den Austritt aus der SPD, erklärt hat. Diese Versammlung war jedoch keine Mitgliederversammlung, sondern es waren Unabhängige und Kommunisten dazu in größerer Zahl erschienen. Der Vorsitzende, ein wegen der Haltung der Partei zum Eisenbahnerstreik verdrängter Beamter, ist tatsächlich abgetreten und etwa 20 Mitglieder sind ihm gefolgt. Die sozialdemokratischen Mitglieder aber haben sich einen neuen Vorsitzenden gewählt, und die Ortsgruppe unserer Partei zählt gegenwärtig 80 zahlende Mitglieder. Die Unabhängigen würden froh sein, wenn sie ebenfalls hätten.

Genosse Otto Kille aus München bezeichnet in einer Zuschrift an uns die Behauptung der „Freiheit“ über ihn als „so viel Worte so viel Unwahrheiten“. Zunächst ist er und war er nicht Redakteur der „Münchener Post“. Aber das ist unbedeutend gegenüber der Verdrehung seiner Ausführungen, die er in jener U.S.P.D.-Versammlung gemacht hat. Er hat die Parteileitung

und den Genossen Auer besonders nicht angegriffen, sondern sie im Gegenteil verteidigt und zwar gegen den Vorwurf des Abg. Unterleitner, daß unsere Partei schuld an dem Verbot der Grumbach-Versammlung sei. Kille betonte, gerade weil er mandatsmäßig tatächlich im Genuß zu dem Genossen Auer stehe, hätte er das Recht und die Pflicht, ihn in seiner persönlichen Integrität zu verteidigen. Die U.S.P.D.-Versammlung hat daraufhin in der üblichen Weise reagiert, daß sie den Genossen Kille niedergußerfüllen versuchte. Hinterher muß Kille dann der „Freiheit“ als Kronzeuge dienen.

Ein besonderes Kapitel bildet der Bremer Fall Vuhmann. Diesen führt die „Freiheit“ als langjähriger Fraktionsvorsitzenden der SPD. Bremen ein. Tatsächlich war er niemals Vorsitzender, sondern nur dessen Stellvertreter. Erst als er bei der Neuwahl nicht zum ersten Vorsitzenden gewählt wurde, betrachtete er das als Mißtrauensvotum und schwenkte nun in eine ganz andere Richtung. Ihn führt die „Freiheit“ als Kronzeugen gegen die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie an. Da sie Vuhmann als einen „Wissenden“ bezeichnet, wird es sie und ihre Leser sicher erfreuen, wenn sie einiges aus der jüngsten politischen Vergangenheit Vuhmanns erfährt. Dieser „Wissende“ schrieb noch am 17. September 1921 im „Bremer Volksblatt“ in einem Artikel „Mitregieren oder nicht?“ folgendes:

„Wollen wir durch die Abstinenzpolitik der U.S. und dauernd bestimmen lassen, in Bremen trotz sozialistischer Mehrheit eine rein bürgerliche Regierung frei wahlen und wahlen zu lassen? ... Die U.S. haben im Reich wie in Bremen eine ungeheure Schuld auf sich geladen dadurch, daß sie die Regierungen den bürgerlichen Parteien ausgeliefert haben. Unsere Aufgabe muß es jetzt sein, durch unsere Beteiligung an der Regierung die Demokratie zu schützen, und wenn wir durch die Schuld der U.S. nicht dem sozialistischen Prinzip im Senat das Uebergewicht geben können, dann muß es jetzt unsere Pflicht sein, wenigstens der Demokratie zum Uebergewicht zu verhelfen.“

So viel über die politische Zeugnisfähigkeit des Herrn Vuhmann, der in wenigen Tagen so gründlich umgelert hat. Unsere bremsenden Genossen empfehlen der „Freiheit“, sich bei ihrem Freunde Henke des näheren über Vuhmann zu erkundigen. Vielleicht wird sie daraufhin ihr Urteil um einiges einschränken. Wenn sie auch aus guten Gründen das nicht verraten wird.

Renaudel über den Umschwung in Frankreich

Seit zweieinhalb Jahren lastet das Ergebnis der französischen allgemeinen Wahlen, die einen Triumph für den Nationalen Block Clemenceaus darstellten, verhängnisvoll über ganz Europa. Das hat wieder einmal der Verlauf der Konferenz von Genava gezeigt. Deshalb verdient jede politische Meinungsäußerung des französischen Volkes ganz besondere Beachtung. Die General- und Kantonalratswahlen, die in ganz Frankreich mit Ausnahme von Paris am vorigen Sonntag stattgefunden haben, waren die erste einheitliche Willensäußerung des französischen Volkes seit dem 16. November 1919. Ihre Beurteilung durch berufene Männer des politischen Lebens Frankreichs ist auch für die deutsche Arbeiterchaft von Interesse. Der auf der Brüsseler Konferenz der englischen, französischen und belgischen Sozialisten anwesende Genosse Renaudel äußerte sich in einem Interview mit dem Brüsseler „Peuple“ hierüber wie folgt:

Diese Wahlen haben die französische Sozialistenpartei erfreut, denn sie haben den Vorsprung der Sozialisten über die Kommunisten, die sich im vollen Niedergange befinden, klar bewiesen. Die veröffentlichten offiziellen Zahlen beweisen dies und die Wirklichkeit ist noch viel günstiger.

Über das Charakteristische dieser Wahlen ist vor allem die Niederlage des Nationalen Blocks, dessen Niedergang jetzt zugegeben wird. Fast überall hat man „links“ gestimmt und an vielen Orten war es die sozialistische Partei, die den Feldzug gegen den Block befehlte, auch dort, wo sie nicht unmittelbar den Nutzen daraus zog.

Die Stichwahlen am Sonntag (also vorgestern. Red.) werden das Juristenvotum des Nationalen Blocks noch verstärken. Lardieu gibt in seinem „Echo National“ zu, daß man bei den 163 Stichwahlen mit 50 sicheren Niederlagen des Blocks rechnen müsse. Selbst die Kommunisten werden wahrscheinlich zu dieser Niederlage beitragen.

Der beste Beweis für den Niedergang des Nationalen Blocks liegt in der Tatsache, daß zahlreiche Kandidaten, die ihm angehören, sich wohl gehütet haben, sich zu ihm zu bekennen.

„Das bedeutet also die Möglichkeit eines baldigen Kurswechsels in Frankreich?“

„Sicherlich, und diese Kantonalwahlen, die sonst nur einen geringen politischen Charakter tragen, sind besonders erfreulich für uns gewesen durch all das, was sie für die Zukunft verkünden. Diese Bewegung wird mit der Zeit zunehmen und die allgemeinen Wahlen werden „links“ gemacht werden, gegen den Nationalen Block. Es ist dies nur die Wiederholung dessen, was sich seit mehr als einem Jahrhundert in Frankreich so oft ereignet hat: nach reaktionären und nationalistischen Krisen stellt die Demokratie stets eine vernünftige Lage wieder her.“

Der Brüsseler „Peuple“ fügt hinzu, daß diese guten Nachrichten die wahren Freunde Frankreichs mit Freude erfüllen werden. Auch uns erfüllen diese Voraussagen Renaudels mit Genugtuung. Denn die Herrschaft des Nationalen Blocks ist ein Unglück nicht nur für die deutsche Republik, sondern auch für Frankreich selbst und für die Demokratie der ganzen Welt.

Paris, 22. Mai. (WLB.) Zum Ergebnis der gestrigen Generalratswahlen stellt „Ere Nouvelle“ eine Betrachtung an, aus der man auf die Stimmung innerhalb der radikalen Partei schließen kann. Als das Charakteristische der gestrigen Wahlen stellt das Blatt neben dem Rückgang nach links den Umstand hin, daß das Land sich zugunsten einer klaren Haltung und mutigen Formulierung ausgesprochen habe. In zahlreichen Bezirken seien in der Tat Kandidaten von kräftiger Farbe gegen weniger nüchternere Radikale durchgedrungen. So erklärte sich der Mißerfolg einer Reihe von alten Republikanern, die im kritischen Augenblick mehr aufs Vanieren als auf den Kampf bedacht gewesen seien. Möge diese Lektion, sagt das Blatt, vor allem diejenigen belehren, die verachtelt sein könnten, ihr persönliches Heil in der Zweideutigkeit und der Konfusion zu suchen. Die Zeit kleiner Geschicklichkeiten ist vorbei und niemand wird das bedauern.

Letzte Nachrichten.

Großfeuer in Spandau.

Die Gummwarenfabrik in der Lazarusstraße in Spandau steht in Flammen. Die gesamte Feuerwehrr wurde zum Löschen und zur Sicherung der Nachbargebäude aufgerufen. Die Ursache des Brandes ist noch unbekannt.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Einigung in der bayerischen Metallindustrie.

Von gutunterrichteter Seite wird uns hierzu noch geschrieben: „Der Kampf in der süddeutschen Metallindustrie wird wahrscheinlich noch in dieser Woche beendet werden, vorausgesetzt, daß es auch in den außerbayerischen Kampfgebieten Süddeutschlands gelingt, eine Basis der Verständigung zu finden. Entscheidend waren die Ende voriger Woche in München beendeten Verhandlungen für die bayerische Metallindustrie. Allein die Tatsache, daß volle acht Tage — unter Zuhilfenahme mehrerer Nachtstunden, von denen die eine bis morgens um 4 1/2 Uhr dauerte — verhandelt werden mußte, beweist die großen Schwierigkeiten, die einer Verständigung in den vielen Streitfragen gegenüberstanden.“

Drei große Streitpunkte standen im Vordergrund: Arbeitszeit, Kollektivabkommen (Manteltarif, der die einzelnen Fragen des Arbeits- und Lohnverhältnisses regelt) und Lohn. Die strittige Frage der Arbeitszeit nahm zunächst zwei Tage in Anspruch, ohne daß eine Einigung erzielt werden konnte. Dann folgten die Beratungen des Kollektivabkommens, die volle dreieinhalb Tage und zwei Nachtstunden erforderten. Der von Unternehmerseite vorgelegte Entwurf eines Kollektivabkommens wies an die 50 einzelne strittige Punkte auf, die sich u. a. verteilten auf Arbeitszeit und Löhnerarbeit, Lohnbestimmungen und Eingruppierung der einzelnen Arbeiterkategorien in die verschiedenen Lohnklassen, Abfordderung, Ferien, Vorkursfragen, Schlichtungswesen, Arbeitervertretung (Betriebsräte), Arbeiterentlassungen und allgemeine Bestimmungen. In mühevollen Verhandlungen gelang es, dem Manteltarif eine Fassung zu geben, der die Arbeitnehmervertreter zustimmen konnten. Dann kam die Lohnfrage an die Reihe, die wiederum zwei sehr ernste Verhandlungstage beanspruchte. Die Unternehmer legten ein neues Lohnangebot vor, das sie als weitgehendst bezeichneten. Schließlich wurden noch weitere 2,80 M. pro Stunde für die Facharbeiter erreicht, deren Stundenlohn sich nunmehr auf 21 M. plus 2 M. (sogenannter Zuschlag B), mithin auf 23 M. stellt, gegen 10,10 M. im Januar d. J. Besondere Spezialzulagen sind darin nicht einbezogen, sie werden extra verrechnet. Dem Spitzenlohn der Facharbeiter schlossen sich die Löhne für Angelernte und Ungelernte sowie der Arbeiterinnen und schließlich der Lehrlinge in bestimmten Abständen an. War so bis Donnerstag noch eine Einigung über das Kollektivabkommen und die Löhne erzielt worden, so stand doch noch die Arbeitszeitfrage als strittig offen. Eine Verständigung zwischen den Parteien war nicht zu erzielen. Die Verhandlungen drohten wiederum zu scheitern. Dann griff am Freitag früh das bayerische Ministerium erneut vermittelnd ein, um schließlich den Parteien folgenden letzten Vermittlungsantrag zu unterbreiten:

„Sämtliche vom Streik oder der Aussperrung erfaßten Betriebe werden unverzüglich unter Berücksichtigung der technischen Möglichkeiten wiedereröffnet.“

In allen unter den Vertrag fallenden Betrieben bleibt die bisherige Arbeitszeit bestehen.

Wenn die Betriebsleitung die Notwendigkeit für gegeben erachtet, ist nach vorheriger Verständigung des Arbeiterrates die Arbeitszeit soweit zu verlängern, daß auch die 48. Wochenstunde gearbeitet wird, wobei für letztere ein Zuschlag für eine Stunde in der Höhe zu bezahlen ist, wie er für Ueberstunden tariflich vereinbart ist.

Die dadurch sich ergebende Gesamtarbeitszeit kann auf Verlangen der Betriebsleitung in der Arbeitsordnung in die reine wöchentliche Arbeitszeit aufgenommen werden.“

Dieser Vorschlag zur Arbeitszeit wird gemeinsam mit dem Kollektivabkommen und den Lohnzugeständnissen den bayerischen Metallarbeitern in diesen Tagen zur Urabstimmung unterbreitet. Entschieden sich die Kämpfenden für Annahme des Verhandlungsergebnisses — damit dürfte zu rechnen sein —, so steht nach den Erklärungen der bayerischen Metallindustriellen einer Wiederaufnahme der Arbeit nichts im Wege. Vereinbart wurde, daß in diesem Falle keinerlei Maßnahmen ergriffen werden sollen.

In den übrigen Kampfgebieten (Württemberg, Baden und Frankfurt a. M.) werden die nächsten Tage zeigen, ob es in gegenseitigen Verhandlungen gelingt, ein Ergebnis zu erzielen, das zu einer Annahme durch die beiden Parteien führt. Bis diese Verhandlungen abgeschlossen sind und eine Entscheidung der am Kampf beteiligten Arbeiter vorliegt, wollen wir eine eingehende Betrachtung und Würdigung dieses großen Kampfes der süddeutschen Metallarbeiter zurückstellen.

Doch eins kann heute schon gesagt werden: wenn die Organisation der süddeutschen Metallarbeiter ihre reichen Mittel zur Verfügung stellte, so haben sich die Kämpfenden dieser Unterstützung würdig erwiesen. Unter erschwerten Umständen nahmen sie den Kampf auf, unerschütterlich haben sie in monatelangen Ringen (München 13 Wochen!) große Opfer gebracht. Diese aufrichtige Haltung verschaffte ihnen beim Unternehmer Respekt und Zugeständnisse, bei den Klassenossen dankbare Anerkennung.“

Die Metallarbeiteraussperrung im Frankfurter Gebiet im Offenbach, Hanau, Darmstadt usw. wird heute beginnen und zieht über 40 000 Arbeiter in Mitleidenschaft. Die Vorschläge des Verbandes der Metallindustriellen für Hessen-Rosau und die angrenzenden Gebiete im Laufe der gestrigen Verhandlungen wurden von den Arbeitervertretern abgelehnt. Das Reichsarbeitsministerium hatte von dieser ziemlich überstüßigen Aussperrung unter Hinweis auf die Verhandlungen in Bayern dringend abgeraten. Auf der Grundlage der Einigung in Bayern war eine solche zweifellos auch für das Frankfurter Gebiet möglich, bei einigem guten Willen der Unternehmer, der hier offenbar fehlt. Die mit dieser Aussperrung verbundene Spekulation wird nun nach der Einigung in Bayern erst recht zusehender werden.

Bewegung der Handwerker in den Brauereien.

Die in ihren Berufsverbänden organisierten Handwerker der Berliner Brauereien haben das Angebot der Arbeitgeber — ab 11. Mai 1950 W. Wochenlohn — als ungenügend abgelehnt. (Alle entgegenstehenden Berichte sind irrig.) Zur Vermittlung wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Die Vertreter der Verbände der Metallarbeiter, Maschinisten und Heizer, Maler, Kupfer Schmiede, Holzarbeiter und der Böttcher wurde beauftragt, für den Fall, daß eine

Einigung nicht erfolgt, den sofortigen Ausstand der gesamten Handwerker vorzubereiten.

Streik der Kinovorführer.

Bestern nachmittag nahm eine Versammlung der in der deutschen Filmgewerkschaft organisierten Kinovorführer den Bericht über die mit den Kinobesitzern gepflogenen Verhandlungen entgegen. Da mit dem Streik der Lichtspieltheater keine Einigung erzielt wurde, ist der bereits am Sonnabend gefasste Streikbeschluß erneuert worden. Von dem Streik der Vorführer werden in Groß-Berlin etwa 200 Lichtspieltheater, vornehmlich mittlere und kleinere Betriebe betroffen. Zwischen der Filmgewerkschaft und den großen Konzernen, wie der Ufa, Decca und Biophon, sind inzwischen Vereinbarungen getroffen worden, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen. In den Theatern der genannten drei Gesellschaften geht daher der Betrieb weiter.

Reichsgewerkschaft und Beamtenbund.

Die V.S.-Korrespondenz verbreitete in letzter Zeit sozusagen alltäglich Berichte über das Verhältnis zwischen Eisenbahner-Reichsgewerkschaft und Beamtenbund einerseits und dem Deutschen Eisenbahnerverband andererseits, die die Reichsgewerkschaft nicht im besten Lichte erscheinen lassen. Als Probe brachten wir am Sonntag eine Mitteilung dieser Korrespondenz, wonach die Reichsgewerkschaft gemissermaßen das Sammelbecken aller gewerkschaftsfeindlichen Elemente bilde. In der gestrigen Abendausgabe konnte der „Vorwärts“ (auf der 1. Seite) eine Erklärung der Vorstände des Deutschen Eisenbahnerverbandes und der Reichsgewerkschaft veröffentlichen, die den ganzen Verdächtigungen der letzteren den Boden entzieht durch die Mitteilung der vollständigen Einheitsfront. Nunmehr macht die genannte Korrespondenz ein Langes und Breites über eine Klärung im Beamtenbund, die in dem Ausschluß der Reichsgewerkschaft bestehen soll. Zum Schluß macht sie sich Sorgen über eine „Zersplitterung“ der Reichsgewerkschaft. Klar ist, daß ein Zusammengehen zwischen Reichsgewerkschaft und dem Deutschen Eisenbahnerverband eine Annäherung an den DGB, und damit eine Abwendung vom Beamtenbunde mit sich bringt. Eine Scheitlung würde schieblich-friedlich erfolgen und der Deutsche Beamtenbund wie vor weiter bestehen. Jede Einmischung Unbefugener in die Dinge wirkt nur störend und verwirrend und ist in jeder Beziehung unnütz.

Ein Reifall der Kommunisten.

Man schreibt uns: „Die Zimmerer der Provinz Brandenburg, Gau 5 des Zentralverbandes, hielten am 2. April ihre Gaukonferenz im Berliner Gewerkschaftshaus ab. Die Konferenz hatte die Aufgabe, einen Delegierten zum Gewerkschaftskongreß für Gau 5 vorzuschlagen. Die Kommunisten versuchten hier eine Zelle zu bauen und brachten Kopschläger-Berlin in Vorschlag. Die Gaukonferenz stellte jedoch Knipper-Berlin als Kandidaten auf. Diese Entscheidung gefiel auf der linken Seite offenbar nicht. Kurz vor der Wahl erschien in der „Roten Fahne“ eine Notiz, worin die Kommunisten erklärten, die „demagogische Verbanddemokratie“ habe verhindert, den Vorschlag der Opposition zuzulassen. Gleichzeitig hätten Kopschläger, Schütz und Genossen, die in der letzten Zeit das Wort „Demokratie“ nicht oft genug in den Mund nehmen konnten, in ihrer Fraktionsführung zu der Urwahl die Parole erteilt, alle drei Kandidaten auf dem Stimmzettel zu streichen. Das ist die „Demokratie“ und zeigt das wahre Gesicht dieser Heiden. Das Resultat dieser Urwahl brachte den zweiten Reifall der Querstreiber. Eine kaum nennenswerte Zahl der wählenden Mitglieder ist dieser demagogischen Parole gefolgt, trotzdem die kommunistischen Schreihälse noch während der Urwahl in den Bezirken gebrüllt haben: „Kameraden, streicht alle drei Kandidaten auf dem Stimmzettel.“

Lehrlingswesen und Familienlöhne in Frankreich.

Eine von 125 Handelskammern beschickte Präsidentenkonferenz beschäftigte sich kürzlich mit der Lehrlingsfrage. Es wurde dazu die Forderung aufgestellt, daß die Organisation des Lehrlingwesens völlig den Handelskammern überlassen bleibe. In diesem Sinne soll ein besonderer Bericht den zuständigen Stellen vorgelegt werden. Auch wandte sich die Konferenz gegen einen Gesetzentwurf, der zurzeit dem Abgeordnetenhaus vorliegt und der die obligatorische Einführung des Familienlohnes vorsieht, weil die Erfahrungen auf diesem Gebiete noch zu jungen Datums seien. Dagegen wurden die Arbeitgeber aufgefordert, den schon bestehenden freiwilligen Ausgleichslohn zur Zahlung des Familienlohnes beizubehalten.

SPD.-Gemeinde- und Staatsarbeiter. Heute 7 Uhr im Sitzungssaal des Bezirksvorstandes, Lindenstr. 2, 2. Hof, 2. Tr., Funktionärstung.

Zum Streik in der thüringisch-thüringischen Textilindustrie ist, wie der „Konfektionär“ drücklich erklärt, bisher ein Ende nicht abzusehen, wenigstens dürfte in dieser Woche kaum ein Abbruch erfolgen. Der Plauenener Schlichtungsausschuß hat vergeblich gearbeitet. Auch in Gera stattgefundene Verhandlungen, unter Vermittlung der thüringischen Regierung, waren fruchtlos. Eine Einigung kommt besonders deshalb nicht zustande, weil die Arbeiter darauf bestehen, daß die Differenzierung zwischen Weberei- und Färbereiarbeitern beseitigt wird.

Verband der Steinseher, Mästerer und Berufsgenossen, Tarifgebiet Groß-Berlin. Betriebsrat, Betriebsausschuß und Betriebskommissionen Dienstag, 7 Uhr, im Saal 9 des Gewerkschaftshauses: Wichtige Zusammenkunft.

Zentralverband der Angestellten, Kolonialwaren. Mittwoch 8 Uhr öffentliche Versammlung in den Prachtzügen Al-Berlin, Museumstr. 10.

Zentralverband der Mäler und Konditoren, Konfitürenbranche. Mitgliederversammlung Mittwoch 7 1/2 Uhr im Wilmischen Brauhaus, Danzigerstr. 11-13.

Deutscher Bauarbeiterverband, Einzel- und Gipsschmiede. Mittwoch 7 Uhr in der Neuen Willharmstraße, Alendler Str. 96-97, Bauarbeiterversammlung, wozu alle in der Einzel- und Gipsschmiede tätigen Bauarbeiter, Betriebsausschuß und Betriebsrat bestimmt erschienen müssen. Keine Hauszettel dort fehlen. Nur Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes haben Zutritt. Die Mitglieder der Sektionsleitung müssen vollständig erscheinen. Die Sektionsleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Delegierte zur deutschen Generalversammlung, Fortsetzung der vorigen Generalversammlung Mittwoch 7 Uhr im Saal 4 des Gewerkschaftshauses. Ohne Buch und Delegiertenkarte keinen Zutritt. Die Bezirksvereine, Landesverbände, Gewerkschaften und -arbeiterinnen aus den Engros- und Einzelhandelsbetrieben der Buchbranche, Mittwoch bei Müse, Poststr. 29, Gruppenversammlung, Berichterstattung von der Lohnverhandlung im „Engelchen Hof“ (Großer Saal), Alexanderstr. 17b, Bericht der Lohnkommission, Stellungnahme zum Besondereinstieg.

Verband der Schmiede- und Sotelausschleifer. Mittwoch, den 24. Mai, 10 Uhr früh, Versammlung Riegelstr. 2. Thema: „Die Aufgaben des Sotelausschleifers“. Ref. Gen. Kurt Wegner.

Wirtschaft

Die Angriffe gegen die Außenhandelskontrolle.

Bekanntlich hat die Handelskammer Hamburg in ihrem letzten Jahresbericht gegen die Tätigkeit der Außenhandelskontrolle scharfe Angriffe gerichtet. Der Reichswirtschaftsminister hat das in dieser Angelegenheit vorgelegte Material dem Reichswirtschaftsamt mit dem Ersuchen um Nachprüfung übergeben. In der jüngst abgehaltenen Sitzung des vom Reichswirtschaftsamt zu diesem Zwecke eingesetzten Ausschusses hat der Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, folgende Erklärung abgegeben:

„Neben den im Jahresbericht der Handelskammer Hamburg gegen das System der Außenhandelskontrolle vorgebrachten Beschwerden, für die nimmere das Material vorgelegt worden ist, sind auch in der Presse, insbesondere einem Teil der hamburgischen Presse, größtenteils in stark verschärfter Tonart, Vorwürfe gegen die Regierung und die Außenhandelsstellen erhoben. Daraus, daß die Regierung auf diese Presseangriffe bisher nicht eingegangen ist, scheint ein Teil ihrer Urheber die Schlussfolgerung für berechtigt zu halten, daß die Regierung keinen Wert auf Aufklärung lege oder sie sogar zu scheuen habe. Eine derartige Folgerung ist selbstverständlich unrichtig. Der Regierung ist im Gegenteil an völliger Aufklärung der erhobenen Vorwürfe unbedingt gelegen. Sie hat daher von vornherein die Absicht gehabt, den Reichswirtschaftsrat als die zentrale Vertretung der deutschen Wirtschaft um Nachprüfung zu ersuchen und hat diese Absicht ausgeführt, sobald die Handelskammer Hamburg das Material für ihre Beschwerden vorgelegt hatte.“

Da sich sowohl die Beschwerden der Handelskammer Hamburg, wie auch die in der Presse erhobenen Angriffe — soweit sie überhaupt sachlicher Natur sind — im wesentlichen auf eine Anzahl von Mängeln zurückführen lassen, die man dem System der Außenhandelskontrolle und ihrer Organisation zuschreibt, so wird nach Ansicht der Regierung die unterliegende Tätigkeit des Reichswirtschaftsrats sich neben der Prüfung von Einzelfällen darauf zu erstrecken haben, ob und inwieweit sich in der Organisation der Außenhandelskontrolle grundsätzliche Mängel zeigen, die einer Abänderung bedürfen. Die Regierung wird selbstverständlich mit allen Mitteln bestrebt sein, ihrerseits das erforderliche Material vollständig und rechtschuldig zur Verfügung zu stellen.

Die Regierung zieht es vor, diesen Weg der sachlichen Nachprüfung zu wählen, und von anderen Maßnahmen, insbesondere von Strafverfolgungen (d. h. Strafverfolgungen gegenüber den erhobenen Angriffen, soweit sie zur Anstrengung von Befehlsverstoßprozessen Anlaß geben könnten) Abstand zu nehmen, da sie nicht der Auffassung ist, daß in einem gerichtlichen Verfahren derartige, mit wirtschaftlichen Vorgängen in so engem Zusammenhang stehende Fragen sachgemäße Klärung finden können, und da nur auf dem von ihr gewählten Wege Anregungen für eine etwaige zweckmäßigere Gestaltung der Außenhandelskontrolle zu erwarten sind. Der oben erwähnte Untersuchungsausschuß des Reichswirtschaftsrats wird die Angelegenheit weiter verfolgen.“

Das Steigen der Reichsmark in Moskau. Das Steigen der Reichsmark in Moskau hält an, sie wird im freien Verkehr bereits mit 23 000 bis 25 000 Rubel bezahlt. Auch die übrigen Wäskten steigen stark: 1 lettändischer Rubel = 16 000—20 000 Sowjetrubel, 10 Goldrubel = 25—26 Millionen Sowjetrubel, 1 Solotnik (gleich 4,266 Gramm) Feingold = 9 Millionen Rubel. Die offiziellen Kurse der Staatsbank bleiben wie immer hinter den Freiverkehrskursen weit zurück: 1 Reichsmark = 6800 Sowjetrubel, 1 Pfund Sterling = 8 600 000, 1 Dollar = 1 930 000, 1 französischer Frank = 180 000, 1 schwedische Krone = 500 000, 1 polnische Mark = 600, 1 estländische Mark = 3500, 1 lettändischer Rubel = 4500, 10 Goldrubel = 10 Millionen, 1 Solotnik Feingold = 420 000 Sowjetrubel.

An der „schwarzen Börse“ werden russische Obligationen und Aktien lebhaft gehandelt. Besonders gesucht sind Rappha- und Eisenbahnaktien. Die russische Staatsrente (zu 1000 Rubel) kostet jetzt 90 Millionen.

Briefkasten der Redaktion.

D. S. H. 1. Nach unserer Ansicht hat Ihr Bruder Anspruch auf Rentz. 2. Verlangungspunkt bzw. Vorforderung. — **D. S. H.** 2. Nicht bekannt. — **S. S. 2.** 1. Rein. 2. Die 120 Proz. müssen Sie zahlen. **Ellen, Bremen.** Abgesehen, weil die von Ihnen vertretene Anschauung sich mit der unseren deckt. — **Tristel 184.** Sie meinen vermutlich die Erholungsheim-Betriebsgesellschaft (nur für Beamte der Stadt) oder die Deutsche Erholungsheim-Gesellschaft (für Erholungsbedürftige überhaupt). Beide Gesellschaften leitet Direktor Kleinan (Wursow, Berlin, Poststr. 10).

Berlin, für den redakt. Teil: Heam Altes, Berlin-Viktoriafelde; Mr. Anstetter: Th. Glade, Berlin, Verlag Vorwärts-Berlag G. m. b. H., Berlin, Druck: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsschriftl. Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 2, 10179 1. Verlag.

Sofortige Linderung bei Asthma

ist vielen Leidenden in Berlin gewährt worden.

Wenn irgendem Astmalidender in dieser Stadt noch daran gezweifelt hat, ob die Ansprüche, die für „Dr. Schiffmanns Asthmador“ erhoben werden, der Wahrheit entsprechen, so schwinden diese Zweifel, wenn er unter denjenigen war, welche in voriger Woche eine Gratisprobe von der Victoria-Apotheke erhielten. Eine große Anzahl von Personen, die das Pulver ausprobierten, haben gefunden, daß es sofortige Linderung gewährte; daß die bösen Anfälle gehemmt wurden; daß freier Auswurf stattfand; daß eine liegende Stellung schnell eingenommen werden konnte; daß der Schlaf, der dann folgte, ruhig und ununterbrochen war, und daß der Morgen einen klaren Kopf und ein Gefühl fruchtbarer Dankbarkeit brachte.

Zahlreiche freiwillige Zeugnisse beweisen, daß „Dr. Schiffmanns Asthmador“ nicht nur sofortige Linderung auch in schlimmen Fällen bewirkt, sondern auch viele heilt. Das Heilmittel wird jetzt von fast allen Apotheken verkauft, so daß es für jedermann erreichbar ist. Sollte irgendem Leser es jedoch bei seinem Apotheker nicht erhalten können, so wende er sich an Dr. Schiffmanns Niederlage, Victoria-Apotheke, Berlin, Friedrichstraße 19, von wo es gegen Rückschneide zugestellt werden wird. Bestandteile 94,90 Prozent Kaliumnitrat, 51,10 Prozent Fol. Datura Arborea, 14 Prozent Symplocarpus Foetidus.



An alle Hausfrauen,
die sich um die Pflege ihres Wäscheschatzes selbst kümmern.

Sunlicht Seife in ihrer anerkannten Güte ist in allen Geschäften erhältlich. Jedem Stück ist der Name **SUNLICHT** aufgeprägt. Die Packung ist die altbekannte.



Auf den Spuren Lilienthals.

„Man kehrt immer zu seiner ersten Liebe zurück!“ Dieser Satz ist durchaus nicht nur im Hinblick auf das Einzelwesen anzuwenden, sein Geltungsbereich erstreckt sich oft genug auf Sachgebiete, die Gegenstand der Aufmerksamkeit größerer Kreise von Menschen sind. So ist es auch bei der Fliegerei. Während die theoretisch ungenügend vorbereiteten Versuche eines Schneiders von Ulm und die wissenschaftlich hervorragenden durchdachten und auch mit gutem Erfolg praktisch durchgeführten Gleitflugversuche Lilienthals, des Altmeisters der modernen Fliegerei, bei vielen Neumachweisen nur ein leichtes Lächeln des Mitleids erweckten, da sie diese Art der Fliegerei als längst überholt betrachteten, haben sich in aller Stille Segelflugvereine gebildet, deren Mitglieder mit großer Hingabe an der Ausbildung des motorlosen Segelfluges arbeiten. Sie sehen in den mit mehreren Hunderten von Pferdestärken die Luft durchdringenden Flugzeugen fliegende Motoren, sie sind für sie keine ideale Lösung des Flugproblems. Die Segelflugwettbewerbe, die nun alljährlich in der Rhön ausgetragen werden, haben nicht nur das Interesse der Fachkreise, sondern in hohem Maße auch das des Publikums erweckt; wurden doch im vorigen Jahre Flüge mit motorlosen Flugzeugen von fast halbtägiger Dauer erreicht, gelang es doch auch, sie zum Ausgangspunkt zurückzuführen. Wie armflehig erscheinen dagegen die ersten Versuche mit motorischen Flugzeugen. Die Berliner mögen sich nur der „Lustsprünge“ Armand Zippels auf dem Tempelhofer Felde erinnern. Man darf auch auf den ersten „Flugrekord“ verweisen, den Santos Dumont am 12. November 1906 in Bugatelle mit einer Flugstrecke von 220 Metern aufstellte.

Modellflugzeuge.

In vielen Orten Deutschlands ist man eifrig am Werke, den Segelflug zu fördern. Auch in Berlin besteht eine Arbeitsgemeinschaft, die unter der Firma „Berliner Modell- und Segelflugverein“ in jedem Jahre Modellwettflüge auf dem Tempelhofer Felde veranstaltet, die aber auch in ihrer Werkstatt in der Annenstraße 1b große Segelflugzeuge herstellt, die ihren Mann tragen können und mit denen sie sich am Rhönwettbewerb erfolgreich beteiligt hat. Es werden aber auch Motorflugzeugmodelle hergestellt, bei denen der „Motor“ aus kräftigen aufgedrehten Gummitreifen besteht. Da gibt es Rumpfmotoren mit vornliegender Schraube und die sogenannte Entenkonstruktion, bei der die Schraube hinten und die Rotationsflächen vorn liegen, so daß es beim Fluge den Anschein hat, als bewege sich das Modell rückwärts. Während nun die Rumpfmotoren sowohl in konstruktiver als auch in praktischer Bauweise eine wesentlich größere Geschwindigkeit erfordern, werden dennoch mit der wesentlich einfacheren Entenkonstruktion die besten Erfolge erzielt. Bei diesen Modellen dient ein Stab, an dem die Flügel und Stabilisierungsflächen befestigt sind, als Rotorträger. Mit diesen Modellen ist es auch der Berliner Arbeitsgemeinschaft gelungen, den den Streckenrekord mit 410 Metern und den Dauerrekord mit 66 Sekunden für Deutschland zu halten. Als Baumaterial für Modelle wird gespaltenes Bambusrohr benutzt. Zur Spannung der Flächen dientes früher Seide, die aber heute zu teuer ist, so daß man sich mit Gaze- oder Papier als Ersatz begnügen muß. Die Modelle hatten bisher eine Flügelspannweite von 60 Zentimeter bis 2 Meter. Jetzt aber sollen diese überfliegen werden. So ist ein mit zwei Schrauben ausgerüstetes Modell von mehr als zwei Meter Flügelspannweite im Bau.

Am letzten Sonntag fand an der einsamen Boppel auf dem Tempelhofer Felde ein Modellsegelflugwettbewerb statt. Die Flugzeuge wurden von einem Drachen 200 Meter emporgehoben und dann durch eine Auslösungsvorrichtung freigelassen. Die Prüfung erstreckte sich auf Flugdauer und Entfernung. Die Bewertung der Flugdauer erhielt sich, wenn man Flugzeit durch Abflughöhe dividiert. Bei der Wertung des Gesamtergebnisses muß natürlich auch die Flächenbelastung berücksichtigt werden. Sie muß bei den zur Konkurrenz zugelassenen Modellen mindestens 30 Gramm auf den Quadratdezimeter betragen. Diese Vorschrift erscheint notwendig, weil leichtere Modelle ohne weiteres eine längere Flugdauer erreichen, die aber für die Ruhbarmachung in der Praxis völlig wertlos sind.

Übungsflugzeuge.

Für Schul- und Übungszwecke steht ein Übungsleitflugzeug, ein Hängepöppeldeck einfacher Bauart zur Verfügung. In diese

Maschine hängt sich der Flieger hinein, wobei er sich, ganz wie es Lilienthal machte, mit den Armen festhält. Die Arbeitsgemeinschaft hatte einen Übungsplatz an der Müllerstraße gepachtet. Es stellte sich heraus, daß die zum Abflug geeigneten Anhöhen im Osten lagen. Da aber Ostwind in Berlin selten weht, konnte die Zahl der Flüge nur eine sehr beschränkte sein, so daß die Übungsmöglichkeiten außerordentlich vermindert wurden. Sehr ist besser geeignetes Übungsgelände in der Nähe von Königswusterhausen oder bei Stöllen in der Nähe von Rathenow in Aussicht genommen. Für den diesjährigen Rhönsegelflugwettbewerb, der vom 9. bis 20. August auf der Wackerkuppe stattfindet, sind zwei Fahrzeuge im Bau, und zwar ein Segelflüger mit Steuerung und freitragendem Flächenprofil und ein Hängegleiter ohne Steuerung. Der Zweck dieser Wettbewerbe ist, ein möglichst ökonomisches Fliegen zu erreichen, so daß auch die Motorflugzeuge mit wesentlich geringeren Maschinenkräften die gleichen Leistungen wie bisher erzielen können.

Jugend und Alkohol.

Den in Berlin stattfindenden 2. Deutschen Kongress für alkoholfreie Jugendberziehung (vgl. „Vorwärts“ 238) begrüßten gestern Vertreter von Behörden des Reiches, des Staates und der Stadt. Für die Universität, deren Aula für die Tagung überlassen worden ist, nahm ihr Rektor Prof. Kernst das Wort. Er stellte mit Befriedigung fest, daß auch in der Studentenschaft die Ansichten über das Trinken sich doch schon sehr erfreulich geändert haben. Im Namen der Reichsregierung sprach Reichsjustizminister Prof. Radbruch. Die Regierung nehme starken Anteil an der Alkoholbekämpfung. Dem Kabinett werde in wenigen Monaten der Entwurf eines Strafgesetzes zugehen, das auch die Alkoholgefahr berücksichtigt. Der straffällige Trinker habe ein Verbot zu gewärtigen. Sinnlose Trunkenheit werde, wenn verschuldet, selber zur Strafe. In dem Entwurf eines Schankstättengesetzes sei die Notwendigkeit des Schutzes der Jugend leitender Gesichtspunkt. Radbruch ergrünte die neue Jugend, die ohne Kaufkraft aus sich heraus ihre Schwungkraft finde. Sie solle für die neue Organisation, in der wir leben, die neue Seele schaffen. Der preussische Wohlfahrtsminister Hirschiefer, der zugleich im Namen des preussischen Ministerpräsidenten sprach, hob hervor, daß die Forderung, die Alkoholbekämpfung bei der Jugend zu beginnen, schon in weiten Kreisen der Jugend selber aufgenommen worden ist. Schürat Prof. Helmke, der den Willkommensgruß des Berliner Magistrats überbrachte, wies darauf hin, daß auch in der Alkoholfrage ein gutes Vorbild der Erwachsenen für die Jugend das beste Erziehungsmittel ist. (Lebhafte Zustimmung.) Vertreten sind noch viele andere Reichs-, Staats-, Provinzial-, Kreis- und Gemeindebehörden, ferner Schul- und Kirchenbehörden, Vereine von Lehrern, Frauen, Alkoholgegnern und Jugendlichen.

In drei Referaten wurde die Bedeutung der Alkoholfrage für Gegenwart und Zukunft des deutschen Volkes behandelt. Vom gesundheitlichen Standpunkt sprach Universitätsprofessor Luczel-Rarburg. Die Hoffnung auf Wiedererlangung des deutschen Volkes werde dadurch beeinträchtigt, daß der Alkoholverbrauch so stark zugenommen habe und die Jugend sehr daran beteiligt sei. Er erörterte die Schädigung der Volksgesundheit durch den Alkoholgenuß der Eltern und die unmittelbare Schädigung der Kinder und Jugendlichen durch Alkoholdarreichung. Nicht auf die Zahl unseres Nachwuchses kommt es an, sondern auf seine Tüchtigkeit. Des amerikanischen Radikalmittels eines Alkoholverbots sei, wie schon jetzt sich zeige, nicht ohne Erfolg geblieben. Luczel forderte für Deutschland die Einschränkung der Herstellung geistiger Getränke, die Einschränkung der Schankkonzessionen, Steuererleichterung für alkoholfreie Getränke. Aber solche Gesetze müßten allerdings aus der Volkstimmung hervorgehen; vorher müsse mit den Trinksitten aufgeräumt werden. Für Jugendliche bis zu 21 Jahren hält Luczel vollständige Abkündigung des Alkohols für unbedingt nötig. Universitätsprofessor Fuchs-Breslau beleuchtete die wirtschaftliche Seite der Alkohol- und Wiederaufbaufrage. Durch die bedeutenden Ausgaben für Alkohol werde nicht nur der Einzelhaushalt, sondern auch der Haushalt des

ganzen Volkes geschädigt. Berringer werde durch die Gesundheitschwächung auch die Arbeitsleistung, schließlich die Arbeitsfähigkeit überhaupt. Die Alkoholindustrie entziehe der Bevölkerung große Mengen Nahrungsmittel (Getreide, Kartoffeln, Zucker). Was sie dem Staat an Steuern bringt, werde durch Schädigung des Volksganges mehr als aufgewogen. Bei Verzicht auf den Alkohol könne die Industrie sich leicht auf andere Erzeugnisse umstellen. Universitätsprofessor Barth-Leipzig sprach über die Störung des sittlichen Wiederaufbaus durch den Alkohol. Die arbeitende Jugend habe sich schon seit längerer Zeit an dem Kampf gegen den Alkohol beteiligt, die studierende Jugend aber sei dem Trinken eigentlich doch noch keineswegs abhold. Rechner forderte Rückkehr zur Einfachheit des Lebens, das durch geistige Freuden zu verdrängen sei.

Die Nachmittags Sitzung brachte ein Referat von Dr. med. Agnes Blum-Berlin über den schädlichen Einfluß geistiger Getränke auf die hoffende und die stillende Mutter. Die alkoholfreie Jugendberziehung habe, schloß die Referentin ihre begründenden Darlegungen, schon im Mutterleib zu beginnen. Eine hoffende Mutter, die noch trinkt, begehe ein Verbrechen gegen ihr Kind, ihre Familie, ihr Volk. Stadtschulrat Henze-Frankfurt a. M. schilderte die Gefahren des Alkohols für Kinder und Jugendliche und forderte volle Alkoholhaltungslosigkeit auch der Jugendlichen.

Der „Liebesdoktor“.

Ganz wie im Mittelalter.

In das Reich des blödesten Aberglaubens leuchtete wieder einmal eine Verhandlung hinein, die die Strafkammer des Landgerichts I beschaffte. Wegen Betruges in zahlreichen Fällen war der Wahrlager und Kartenleger August Kunka aus Lichtenberg angeklagt.

Der Angeklagte betreibt seit einer Reihe von Jahren das nahrhaftere Gewerbe eines Wahrlagers. Seine Tätigkeit war in drei Spezialgebieten eingeteilt: Fernsuggestion, Horoskopstellen und Berzängerungskuren. Bezüglich der Fernsuggestion gestaltete sich der Betrieb folgendermaßen: Zumeist handelte es sich um Ehepaare, die auseinandergekommen waren und um Liebseute, die gern zusammenkommen wollten. Der Angeklagte nahm den weiblichen Besucherinnen, die derartige Wünsche hatten, die Photographien des weiblichen und des männlichen Teils ab und sandte sie an die „Indische Boge zur Wahrheit“, deren Leiter ein angeblühener Professor Siemens in Leipzig war. Dieser „behandelte“ dann den nichtwilligen Teil durch Fernsuggestion, natürlich ohne Erfolg. In engem Zusammenhange hiermit stand die „Behandlung der sterbenden Ehemänner“ einer Reihe von Frauen, denen durch die Fernsuggestion das jugendliche Liebesfeuer nicht bezubringen gewesen war. In diesen Fällen händigte der Angeklagte den liebesbedürftigen Frauen eine Aphroditisocum aus, welches den Namen „Testo-gan“ trug. Diese Pillen, die Kunka für 12 M. kaufte, mußten die Liebe heischenden Frauen mit 500 M. bezahlen. Dafür erhielten sie selbst ein ähnliches Mittel mit dem Namen „Theiyygan“, das sie selbst schlucken mußten. Die Wirkung war eine ebenso überraschende wie unbeabsichtigte. Während sich der Liebeshunger der älteren Ehegattinnen erbittert steigerte, trat bei ihren Ehemännern, denen sie die „Kraftpillen“ heimlich unter das Essen mischten, die Wirkung dergestalt ein, daß sie noch öfter wie bisher die halbe Nacht „Stapspielten“ bzw. „geschäftlich unterwegs“ waren. — Schließlich stellte der geschäftsgewandte Liebesdoktor auch das Horoskop, indem er aus den lässlichen Büchern einfach das „aus den Sternen zu lesende Schicksal“ abschrieb. — Das Gericht hielt den Angeklagten des Betruges in mehreren Fällen für schuldig und erkannte mit Rücksicht auf die Gemeingefährlichkeit seines Treibens, durch das schon viel Unheil angerichtet worden sei, auf 9 Monate Gefängnis.

Um die Verpachtung städtischer Güter.

Seit Wochen beschäftigt sich die städtische Deputation für Güter und Forsten mit der Frage, ob nach der vom Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Verpachtung des bisher unrentabel gewesenen Gutes Tasdorf auch noch bei mehreren anderen Gütern der Stadt oder gar bei der Gesamtheit ihrer Güter zu diesem Mittel gegriffen werden soll. Unangenehm ist aufgefallen, daß sogar Administratoren sich um Verpachtung derselben Güter bewerben, die unter ihrer bisherigen Leitung noch Zuschuß erforderten und daß sie jetzt trotz der von ihnen angebotenen hohen Pachtbeträge auf Lieberhuf rechnen. Eine große Gesellschaft ist an die Stadt

Der Ruf durchs Fenster.

3] Roman von Paul Frank.

„Nicht so väterlich...“ widersprach sie. In der nächsten Sekunde bog sie ihren Kopf energisch zu sich herab und küßte ihn stürmisch auf den Mund. Er wich leise aus. Endlich gab sie ihn frei. Er sah in ihre schönen großen, grauen Augen, trennte sich ungerührt von ihrem Blick und ging.

5.

Im Direktionsbureau des Deutschen Theaters in Riga herrschte reges Treiben. Ein älterer Mann mit welchem Buschlopf, der in einer Logenschleierdove steckte und hier Faktotum zu sein schien, war ohne Rücksicht auf die um ihn her fließenden Gespräche bemüht, ohne vor allem auf die Unterredung acht zu haben, die der Direktor des Unternehmens, Herr Adrian Weichwasser, mit einem jüngeren Mann führte, die sehr erregt verlief, da es sich anscheinend um eine entscheidende wichtige Frage handelte, eine telephonische Verbindung herzustellen, die jedoch trotz unausgesetzten Klingelns und Bimmeln nicht zustande kommen wollte. Während das Faktotum inmitten des Höllenarms, den es entseufte, stumpf zu bleiben vermochte, schien dem Direktor, der ohnehin nicht in rosigster Laune sich befand, das Geräusche zu arg zu werden, so daß er eine Grimasse schnitt, die Ohren sich zuhielt, in der nächsten Sekunde mit der flachen, rechten Hand auf den Tisch klatschte, worauf die Papiere nach allen Richtungen hin aufspratterten und durcheinanderwirbelten, und schrie:

„Werden Sie endlich mit dem verdammten Telephonieren zu Ende kommen, Fritz?“

„Wenn ich aber doch keine Verbindung erhalte.“ erwiderte sanft das Faktotum, erneut die Kurbel drehend.

„Ich habe aber hier dringende Angelegenheiten zu besprechen!“

„Mit der Druckerei wollen der Herr Direktor aber auch reden!“

„Seit einer halben Stunde schon!“

„Wenn ich nun aber ebensoviele schon keine Verbindung kriegen... und am Abend sollen doch die richtigen Plakate liegen!“

„Das müssen sie! Sonst verklage ich den Schurken auf

Schadenersatz! Man muß doch auf die Empfindlichkeit der Künstler Rücksicht nehmen! Ich habe da schon die tollsten Dinge erlebt und könnte Ihnen gleich ein Stückchen von der Bernhardt erzählen, wie sie im Jahre Vier hier war...“

„Küß, Herr Direktor.“ ließ eine Stimme sich vernehmen.

„Meinetwegen Küß! Sie können recht haben, Diebstahl!“ rief der Theaterdirektor. „Ich bin auf alle Fälle gewichtig.“

Wer weiß, was dieser Ruf für Geschichten macht, wenn er herkommt und sein Name auf allen Titelfahnen fehlerhaft gedruckt ist! Möglich, daß er sich weigert, aufzutreten! Titel sind die Herrschaften ja alle über die Masken, und einen Sparen besitzen sie ja auch!“

Hier geschah es, daß dem Faktotum heftig ins Ohr geklingelt wurde, so daß er für einen Augenblick die Ruhe verloren zu haben schien; gleich darauf fragte er jedoch höflich, um was es sich eigentlich handelte. „Jemand wünscht eine Loge für morgen abend, Herr Direktor...“

„Ausverkauft! Soll ins Kartenbureau gehen. Hier im Hause gibts für die nächsten drei Tage keinen Sitz mehr! Und wenn Sie mir jetzt nicht bald den Drucker an den Apparat schleifen, sehe ich Sie auf die Straße, und Sie können sich auf Ihre alten Tage um einen anderen Posten umsehen!“

Freih klingelte weiter, ohne daß eine solche Drohung auf ihn einen besonderen Eindruck zu machen schien. Unterdessen setzte der Theaterdirektor die vorher abgebrochene Unterredung fort: „Das ist natürlich ganz und gar ausgeschlossen, lieber Freund, daß ich für eine einfache Zimmerdeformation diesen horrenden Preis bezahle. Wenn Sie mir hundertmal erklären: plastische Türen und Fenster! Wissen Sie, daß ich vor zehn Jahren noch ein ganzes Märchen mit diesem Betrag ausgestattet habe? Ich weiß — natürlich — das waren damals andere Zeiten! Aber alles hat schließlich seine Grenzen, und ich kann meine Sitzpreise nicht weiter erhöhen! Die Einnahmen bleiben die gleichen, aber die Ausgaben steigen ins Ungemessene! Wer soll da existieren können? Haben Sie eine Ahnung von meinem Etat?“

„Der Drucker ist am Apparat!“ meldete Fritz.

Herr Adrian Weichwasser riß das Hörrohr mit raschem Griff an sich und eröffnete das Gespräch, das er mit aufgeregten, weit ausfahrenden Armbewegungen begleitete. Während er gestikuliert und schrie, hatte sich die Tür geöffnet und ein junger Mann war eingetreten, der zwei Schriftstücke auf den Schreibtisch des Direktors legte. Dieser überflog, was vor ihm lag, trippelte seine Unterschrift auf die Papiere, worauf

der junge Mann mit den beiden Dokumenten wieder das Zimmer verließ, während Herr Adrian Weichwasser, den der Drucker endlich verstanden zu haben schien, durch ein Glockensignal das Gespräch beendete.

Herr Karl Schlott, der Kassier, trat, eine schwarze Mappa unter dem Arm geklemmt, ins Zimmer. „Was fällt Ihnen ein?...“ schrie der Direktor ihn an. „Unglücksmensch! Sie lassen die Kasse allein? Und wenn die Leute Karten kaufen wollen?“

„Dann kriegen sie keine mehr.“

„Was soll das heißen?“

„Zweitens sitzt meine Tochter unten.“

„Wollen Sie sich gefälligst deutlicher erklären?“

„Wir sind bis Sonntag ausverkauft, Herr Direktor. Ein paar Galerieplätze sind übrig; das ist alles.“

„Schlott — lassen Sie sich umarmen!“

„Wie käme ich dazu? Ich bin doch ganz unschuldig an dem Geschäft. Dem Reuß müssen Sie einen Ruf geben. Die Leute sind rein verrückt mit dem Gastspiel.“

„Daß der Mensch so eine Zugkraft ist, hätte ich nicht für möglich gehalten!“

„Sie irren, Herr Direktor.“ ließ sich die Stimme Heinrich Helms vernehmen, der in Riga das Frach der jugendlichen Helms besetzt und bisher schweigend sich verhalten hatte.

„Albert Reuß ist ein ganz großer Künstler.“

„Ich danke für die Belehrung.“ rief der Direktor; „daß er talentierter ist als Sie, weiß ich ebenfalls!“

„Der Rummel kommt einfach daher.“ lehte der Kassier erklären hinzu. „weil das Gastspiel zweimal abgesetzt worden ist. Vor allem aber darum, weil er noch nie dagewesen ist... Das nächste Mal wird das schon ganz anders sein!“

Ein Diener öffnete die Tür und meldete: „Herr Albert Reuß.“

Der Direktor warf die Zigarre in die bereitstehende Schale, knöpfte eilig seinen Rock auf und dann wieder zu, während sämtliche im Zimmer anwesenden Herren von ihren Stühlen sich erhoben und den Blick erwartungsvoll zur Tür gerichtet hatten.

Albert Reuß trat ein. Sein Pelzmantel war geöffnet, den Zylinder hielt er in der Hand. Er schien müde und sah blaß und übernächtig aus. Man merkte ihm die vielstündige Eisenbahnfahrt an. Der Schauspieler ließ den Blick die Runde machen und zwang sich sodann zu einem Lächeln.

(Fortsetzung folgt.)

mit dem Angebot herantreten, alle Güter der Stadt in Nacht zu nehmen. Lieber dieses Angebot wurde in der gestrigen Deputationsführung verhandelt. Auf Grund des Berichts des Untersuchungsausschusses wurde nach eingehender Aussprache zunächst mit Stimmengleichheit die Gesamtverpachtung abgelehnt, doch wurde das Ergebnis der Abstimmung im weiteren Verlauf der Beratung angezweifelt und nochmals abgestimmt. Das Stimmverhältnis war 10:10, aber die Stimme des Vorsitzenden, der für die Verpachtung stimmte, gab den Ausschlag. Damit wäre der Gesamtverpachtung der städtischen Güter durch die Deputation zugestimmt. Nimmere wird der Magistrat zu dieser Entscheidung Stellung nehmen. In der Deputation haben die Linksparteien sämtlich dagegen gestimmt.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Den Abteilungsleiter hierdurch zur Nachricht, daß sieben ein Posten Parteiabzeichen im Bureau eingetroffen ist. Durch mehrfache Erhöhung der Arbeitslohn und Verkleinerung des Materials können diese Abzeichen leider nur noch zum Preise von 15 Mark verkauft werden.

Der Bezirksvorstand. J. M.: Max Pagels.

Öffentliche Elternversammlungen.

Morgen, Mittwoch, den 24. Mai:

1. Kreis, Mitte. 7 Uhr Schulhaus der Th. Gemeindefabrik, Auguststr. 67. Thema: „Die Elternratsarbeiten“. In Betracht kommen folgende Schulen: 1. 8. 45. 10. 146. 179. 180.
2. Kreis, Kreuzberg. 7 Uhr Schulhaus Stephanstr. 2. Thema: „Unsere Schularbeiten“.
3. Kreis, Friedrichshagen. 7 Uhr Beachtliche des Ostens, Frankfurter Allee 48. Thema: „Der Kampf um die Schule“. Ref.: Ratsmitglied a. D. Rottend. Genoff. Dr. Börschlein, Dr. Winkler.
4. Kreis, Kreuzberg. 7 1/2 Uhr Schulhaus Schillerstr. 2. Thema: „Unsere Schularbeiten“.
5. Kreis, Kreuzberg. Elternversammlung des Württemberg-Oberrealschule um 8 Uhr im Hofraum „zum Krennert“. Konstitu. 60. Die Eltern, deren Kinder obige Schule besuchen und auf freiwirtschaftlichem Boden leben, sind eingeladen.
6. Kreis, Kreuzberg. Alle Genossen müssen bestimmt zum Hauptabteilungsbesitzung um 8 Uhr in folgenden Lokalen erscheinen: 114. Wt. Schulhaus, Schulhof; 115. Wt. Schrammstraße, Schulhof; 116. Wt. Raststr. 10/11, Schulhof; 117. Wt. Kropfstraße, Schulhof; 118. Wt. Friedrichstraße, Schulhof; 119. Wt. Wackerstraße, Schulhof.
7. Wt. Schulhaus Wackerstr. 48.
8. Kreis, Kreuzberg. In der Aula um 7 1/2 Uhr. Thema: „Die Wichtigkeit der Elternratsarbeiten und der Ausbau der Vorkursen“. Ref. Dr. E. Kewerow.

2. Kreis, Wedding. Mittwoch, den 24. Mai, 5 Uhr, Besprechung der Stadt- und Bezirksverordneten sowie der Abgeordneten bei Schade, Wallstr. 9.
12. Kreis, Ostend. Mittwoch, den 24. Mai, 8 Uhr Sitzung des Wohlfahrtsausschusses bei Gieseler, Stephanstr. 1.

Heute, Dienstag, den 23. Mai:

- Schüler-Ensemble, Elternabteilungsbesitzung:** Mitglieder der drei sozialistischen Parteien, von denen Kinder das höchste Niveau Vorkursbesuch haben, werden gebeten, ihre Wünsche und Aufforderungen einer Randabteilung zur Elternratsarbeit mitbringen an Kurt Gebauer, Berlin 9., Sprengelstraße 8, zu senden.
- Christl.** Von 5-6 Uhr Hauptabteilungsbesitzung zu den Elternratsarbeiten. Die Wohlfahrts-, Randabteilungen und Jugendgenossen nehmen die Hauptabteilung und Beschlüsse in folgenden Lokalen: Thiel, Ring, Ecke Wackerstraße, Schulhof, Wackerstraße, Klement, Doppelstr. 7, Gieseler, Stephanstr. 1. Die Beschlüsse der jugendlichen Beschlüsse müssen anwesend sein.
- Königsweidenhausen.** 7 1/2 Uhr im Bahnhofs-Hotel öffentliche Besprechung. Ref. Landtagsmitglied Genoffe Wilhelm Giering.

Morgen, Mittwoch, den 24. Mai:

1. Wt. Der Fahrladen fällt aus.
2. Wt. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Fahrladen in der Baumgasse, Kurfürstentempel 141 (Königsweidenhausen). Die Beschlüsse müssen erscheinen, da die Beschlüsse zur Elternratsarbeit mitbringen.
3. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Krüger, Hensburger Str. 2. Thema: „Das neue Fahrladen“. Ref. Dr. Wackerstr.
4. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen in den bekannten Lokalen.
5. Wt. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Fahrladen sämtlicher Beschlüsse in der Schulhaus Bernauer Str. 60-62. Thema: „Das neue Fahrladen“. Ref. Genoffe Wackerstr.
6. Wt. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Fahrladen bei Krüger, Sülffeldstr. 24.
7. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
8. Wt. 7 1/2 Uhr gemeinsamer Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
9. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
10. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
11. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
12. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
13. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
14. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
15. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
16. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
17. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
18. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
19. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
20. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
21. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
22. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
23. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
24. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
25. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
26. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
27. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
28. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
29. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
30. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
31. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
32. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
33. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
34. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
35. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
36. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
37. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
38. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
39. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
40. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
41. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
42. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
43. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
44. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
45. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
46. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
47. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
48. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
49. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
50. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
51. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
52. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
53. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
54. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
55. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
56. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
57. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
58. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
59. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
60. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
61. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
62. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
63. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
64. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
65. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
66. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
67. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
68. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
69. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
70. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
71. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
72. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
73. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
74. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
75. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
76. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
77. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
78. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
79. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
80. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
81. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
82. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
83. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
84. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
85. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
86. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
87. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
88. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
89. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
90. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
91. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
92. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
93. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
94. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
95. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
96. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
97. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
98. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
99. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.
100. Wt. 7 1/2 Uhr Fahrladen bei Gieseler, Wackerstr. 48.

Frauenveranstaltungen:

66. Wt. Charlottenburg. 8 Uhr bei Frau, Döbner Str. 15. Thema: „Kochbuch“. Referent: Frau Krause.
67. Wt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau, Döbner Str. 15. Thema: „Erziehung der Frau im öffentlichen Leben“. Referent: Genoffe Döbner. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein. Gänge willkommen.
68. Wt. Bismarck. 7 1/2 Uhr Schulhaus Döbnerstr. 15. Thema: „Die soziale Stellung der Frau im Leben“. Referent: Frau Döbner.
69. Wt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr bei Frau, Döbner Str. 15. Thema: „Das Reichstagswahlgesetz“. Referent: Frau Döbner.
70. Wt. Charlottenburg. Am 25. Mai (Dienstag): Festigung des städtischen Vorkursbesuch. Referent: Frau Döbner. Treffpunkt 9 1/2 Uhr am „Hof“. Mühsamer Nach. Gänge willkommen.
71. Wt. Charlottenburg. Sonnabend abend 7 Uhr Gruppenkonferenz im „Sozial“-Saal.

Die angeklagte Justiz.

Die Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts der Justizverwaltung in der gestrigen Sitzung des Landtags brachte nach einer Erklärung des Justizministers in Sachen Köbisch eine Rede des Abg. Dr. Berndt (Dem.), der offen zugab, daß die von dem sozialdemokratischen Kritiker am Sonnabend vorgebrachten Fälle nicht vereinzelt dastünden, sondern daß es sich um ein System handele, das der neue demokratische Staat nicht dulden dürfe. Dem Minister stellte er die Frage, warum nicht gegen die Rechtsbeuger im Richteramt disziplinarisch vorgegangen würde. Teils mag dies an der Person des Ministers selbst liegen, teils liegt es daran, daß von den Disziplinärbehörden keine Aktivität im Interesse der demokratischen Republik zu erwarten ist, solange nicht hier, ebenso wie an anderen Stellen der Justizverwaltung eine gründliche Personalreform vorgenommen worden ist. Sind doch zurzeit alle höheren Stellen fast durchweg mit Anhängern der Rechtsparteien besetzt! Die Staatsanwaltschaften sind Domänen der Reaktion. Und in keinem der unglücklichen Fälle hat der Minister bisher ein Exempel statuiert. Mit großer Wärme verteidigte der demokratische Redner den republikanischen Richterbund gegen die Anwürfe von rechts. Ebenso wie die Linksparteien fordert er, daß den Salenement zur Rechtspflege mehr als bisher herangezogen wird.

Abg. Lichtenstein (U. Soz.): Solange wir einen Klassenstaat haben, werden wir eine Klassenjustiz haben. Im kapitalistischen Staat kann es sich nur darum handeln, ihre Auswüchse zu beschneiden. (Redner bringt dann eine große Anzahl von Fällen aus seiner Anwaltspraxis vor den Gerichten in Oelwitz und Beuthen vor zum Beweise dafür, daß nicht nur in politisch gefährdeten Prozessen eine Ausnahmejustiz gegen die Arbeiterschaft Platz greift.) Wenn ein Teil Oberschlefiens verlorengegangen ist, dann ist dafür auch die Justiz in Oberschlesien mitschuldig. — Staatssekretär Dr. Köbisch tritt dem Vorredner entgegen: Die Interalliierte Kommission in Oberschlesien hat durch Verordnung angeordnet, daß die Urteile „im Namen des Gesetzes“ verhandelt werden, und verboten, daß dies „im Namen des Volkes“ geschieht. Es werden durchaus nicht nur deutsch-nationale Richter befördert.

Abg. Frau Westfeln (Komm.) verlangt mit Nachdruck den Erlass einer Amnestie und bezeichnet die tropfenweise Begnadigung als eine Verhöhnung der revolutionären Arbeiterschaft. Ministerdirektor Dr. Fröhe teilt mit, daß gegenwärtig im Reichsministerium des Innern darüber Erwägungen schweben, wie das Auslieferungsverfahren und die Auslieferungsverträge revidiert werden können, und verteidigt die Justizverwaltung gegen die Angriffe der Kommunisten. Die Nachprüfung der Sondergerichts-urteile und die weitestgehenden Begnadigungen sind einer allgemeinen Amnestie vielfach vorzuziehen, in die gewisse Defizite doch von vornherein nicht hineinbezogen werden würden. (Widerspruch und Lärm bei den Komm.)

Abg. Brandenburg (Soz.)

geht auf die Landfriedensbruchprozesse und die darauf bezügliche große Anfrage der sozialdemokratischen Fraktion ein, ebenso auf die der Unabhängigen, die den Landfriedensbruchprozess Jund und Genossen aus Hundsburg bei Neuhaldensleben betrifft. Die in diesen Prozessen gefällten Urteile mit ihren erschreckend hohen Strafen müssen den schärfsten Widerspruch hervorrufen. (Sehr wahr! bei den Soz.) Aus Anlaß des Erzberger-Mordes fanden vielfach Demonstrationen statt. Vielfach waren provokatorisch schwarzweihrote Fahnen gehißt worden. Es kam nun vor, daß von den Hausbesitzern verlangt wurde, diese einzuziehen. Wo dies nicht geschah, wurden sie heruntergeholt, hie und da wohl auch verbrannt usw. (Zuruf rechts: Blumwägen Ränderlein sind vorgekommen!) Das behaupten nur die Lügennachrichten der „Magdeburger Zeitung“ und andere rechtsstehende Zeitungen. Von verschiedenen Staatsanwälten wurden sogar wegen „Machtverbrauchs“ sofortige Verhaftungen von Arbeitern, die an solchen Demonstrationen teilgenommen hatten, vorgenommen, obgleich es sich um ortsansässige Leute handelte. (Hört, hört! links.) Die Fahnen wurden nur solchen Leuten abverlangt, die als rabiate Vertreter der Reaktion herorgetreten waren, bei denen während des Kapp-Putsch es Waffen, Handgranaten, Maschinen-gewehre usw. festgestellt worden waren, oder die sich als Schieber, Bucherer und Kriegsgewinnler besonders bemerkbar gemacht hatten. Nur in einem Falle ist es zu Gewalttätigkeiten, nämlich Ohr-feigen, gekommen, die ein Gutsinspektor erhielt, der den Demonstranten mit der Pistole entgegentrat.

Der Anlaß zu den vereinzelt Ausstellungen, nämlich die Ermordung Erzbergers, wird bei der Urteilsfassung völlig außer acht gelassen, ebenso, daß die Verfassung friedliche Demonstrationen gestattet. Schon die Teilnahme an ihnen wird als Strafgrund angesehen. Ferner heißt es völlig abwegig in den Urteilen,

daß die Führer für alles verantwortlich sind, was während der Demonstration geschieht. Den Grund zu den, wie es in den Urteilen heißt, „Zusammenrottungen“ bildete der Erzberger-Mord, der eine Folge der maßlosen Hebe der Rechtsparteien bildete, die sich bei Regimentsfeiern und in der Reichspresse kundtat. Die Demonstranten handelten in dem guten Glauben, die bedrohte republikanische Staatsordnung zu schützen. War doch die schwarzweihrote Fahne

die Fahne der Erzberger-Mörder.

Auch forderte die Reichsregierung in einem Aufruf direkt zu Demonstrationen für die Republik auf, in dem gegen die Rechtsproklatoren eine sehr scharfe Sprache geführt wurde. Zu diesen „Proklatoren“ gehörten auch die Gutsbesitzer in der Umgegend von Hundsburg. Wochenlang wehten dort die schwarzweihroten Fahnen. Abg. Stendel (D. Sp.) ruft: „Gott sei Dank!“ Was die Arbeiter taten, war nicht Landfriedensbruch, sondern ein Akt der Notwehr. (Sehr wahr! links.) Vorhergegangen war eine schamlose Heise gegen die eben gewählten sozialdemokratischen Landräte. Die Dörfer in der Umgegend von Neuhaldensleben starrten von Waffen, die die Gutsbesitzer versteckt hielten. (Zuruf des Abg. Stendel [D. Sp.]: Uge! Ordnung! den Vizepräsidenten v. Kries erst auf Aufforderung aus dem Hause erteilt.) Die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei taten alles, um die linksstehende Bevölkerung zu provozieren.

Cessow-Vorbeh.

der Arbeitermörder der Kapp-Zeit, hielt in der Provinz Vorträge. Ueberall klebten Plakate mit schwarzweihroter Umrandung. In die Zeit dieser Erregung fiel der Erzberger-Mord. Kein Wunder, daß die Arbeiterschaft maßlos erregt war, besonders darüber, daß verfassungstüchtige Offiziere Vorträge hielten, die der Republik wohl den Eid brachen, aber ihr Geld sehr gerne annahm. Zunächst wollte in einem Falle der Staatsanwalt überhaupt nicht Anklage erheben. Nach Monaten geschah dies erst, und die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von 2 Monaten bis zu einem Jahr verurteilt. (Zuruf links: Unerbittl!) Dabei war die Demonstration ordnungsmäßig angelegt.

Auch die der Demonstration voranziehenden Musiker wurden bestraft.

Der Kapellmeister wurde gefragt, ob er nicht wisse, daß die Musik anregen könne, begonnene Verbrechen fortzusetzen. (Schallende Heiterkeit.) Die Uebergriffe billigen wir nicht, aber es ist doch merkwürdig, daß die Justiz stets nur dann zugreift, wenn linksstehende bei der Abwehr der Provokationen von rechts über die Stränge schlagen. Nur bei Demonstrationen der Linksparteien werden solche Uebergriffe festgesetzt. Wenn es Gewohnheit werden sollte, die Führer von Demonstrationen für alles, was vor kommt, verantwortlich zu machen, dann werden sie überhaupt unmöglich gemacht. (Abg. Stendel [D. Sp.] ruft: Demonstration ist Unfug!) Herr Stendel, die Angeklagten, über die Sie in einem solchen Falle zu urteilen haben, tun mir aufrichtig leid. Wo es geht, gegen die „Freie-Platz-Antrigen“ zu demonstrieren, da war Ihnen (nach rechts) der Aufmarsch der Arbeiter recht. Da wurde nicht von Landfriedensbruch gesprochen. (Zuruf rechts: Da war die Demonstration auch notwendig! — Heiterkeit links.) Was die Hundsburger Arbeiter getan haben, war auch notwendig. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Urteil des Magdeburger Landgerichts gegen sie war ebenso wie die vielen anderen Urteile in ähnlichen Prozessen in den Provinzen Sachsen und Hannover ein Fehlurteil.

(Sehr wahr! links.) Es vertieft die Kluft zwischen Volk und Justiz. Wir warnen die Richter und die Justizverwaltung und fordern, daß diese Fehlurteile schnellst und gründlich nachgeprüft werden. Ebenso verlangen wir, daß die Bestimmungen über den Landfriedensbruch im Strafgesetzbuch in einer Weise revidiert werden, die verhindert, daß sie das Verbot und Versammlungsrecht, wozu auch das Recht zu Demonstrationen gehört, aufheben. (Lobhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Deereberg (Dnat.) protestiert dagegen, daß die deutsche Justiz vor aller Welt in den Schmutz gezogen wird.

Nach der Vertagung gab es noch eine Reihe von persönlichen Bemerkungen.

Abg. Kuffner (Soz.) wandte sich gegen die Ministererklärung zum Falle Dr. Köbisch.

Abg. Stendel (D. Sp.) suchte dem Abg. Brandenburg (Soz.) gegenüber seine Rolle in den Kapp-Tagen klarzustellen, holte sich aber von diesem eine kräftige Juridiktur.

Dienstag 11 Uhr: Großkraftwerk Hannover, Justizhausbau, Haushalt des Ministeriums für Volkswohlfahrt. — Schluß 1/2 Uhr.

Jugendveranstaltungen.

Heute, Dienstag, den 23. Mai:

Reinholdsdorf-Ost. Jugendheim Erhard Akerhert, Diskussionsabend: „Jugendrecht“ und „Jugendrecht“. — **Reinholdsdorf-West.** Jugendheim Gemeindefabrik, Diskussionsabend: „Was ist Jugendrecht?“ — **Schöneberg.** Jugendheim Reichen. — **Edelstr.** Diskussionsabend: „Warum kämpfen wir gegen Alkohol und Nikotin?“ — **Schöneberg.** Jugendheim Gemeindefabrik, Diskussionsabend: „Der Friedensvertrag von Versailles“. — **Wedding.** Jugendheim Gemeindefabrik, Diskussionsabend: „Unsere Pflichten“.

Sport.

Kennen zu Carlshorst am Montag, den 22. Mai.

1. **Kennen.** 1. Scheinisch (Borowick), 2. Wienter (Schneider), 3. Topf (Kuhl). Tot: 68:10, Platz: 19, 28, 98:10. Ferner Hefen: Frick (A. Riguma (gef.)), Gallon v'Dr (gef.), Patella, Reichsgrün, Schwarzblau, Telerlingen.
2. **Kennen.** 1. Orban (v. Westernhagen), 2. Herzog (v. Felger), 3. Tallaht (v. Reinhold). Tot: 46:10, Platz: 15, 12:10. Ferner Hefen: Sanft Martin, Elchen, Voigt.
3. **Kennen.** 1. Giffan (Wismar), 2. Koriola (Räder), 3. Waffensbund (Kufelst). Tot: 17:10, Platz: 12, 31, 18:10. Ferner Hefen: Altmann, Jagemald, Doppelkopf, Kaiser (gef.), Kater, Stob.
4. **Kennen.** 1. Rabiola (Wismar), 2. Colberg (Starke), 3. Lucifer (D. Wenzel). Tot: 38:10, Pl. 19, 17, 17:10. Ferner Hefen: Lambour, Orban, Wörfer, Rosmarie, Reiter, Don Drou, Anarist II.
5. **Kennen.** 1. Gierette (Kitt, Braune), 2. Seni (v. Felger), 3. Feldber (v. Berchem). Tot: 60:10, Platz: 19, 17, 25:10. Ferner Hefen: Dühr Spitz, Malachit, Steiberger, Coriolan II, Wind.
6. **Kennen.** 1. Eggelhor (Reichmann), 2. Kammer (Dre), 3. Gallipoli III (Wradel). Tot: 17:10, Platz: 11, 11, 15:10. Ferner Hefen: Klugheit, Kesselrolle, Seepfer, Ralm.
7. **Kennen.** 1. Gofka (Reider), 2. Fackling (D. Schmidt), 3. Kammer (Kaltenberger). Tot: 59:10, Platz: 15, 13, 16:10. Ferner Hefen: Redler, Talsman, Frise, Vellager, Joda, Derrlich, Reicheberg, Kempelitter, Garbas-Härlin, Offenize.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Vereinigung der Freunde von Religion und Vorkursbesuch. Besprechung: „Die Stellung der Religion im Leben“. — **Genoffe Wackerstr.** Besprechung: „Die Stellung der Religion im Leben“. — **Genoffe Wackerstr.** Besprechung: „Die Stellung der Religion im Leben“.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die **Canard Line** hat im Anlaß an ihren Expedienten **Cherbourg-Genoffe**, der 3. Pl. die schnellste überseeische Verbindung der Welt ist, gemeinsam mit der **Genoffe** eine neue Linie eingerichtet, die **Genoffe** zwischen Paris und Cherbourg eingerichtet. Die **Genoffe** Paris-Cherbourg wird in höchstens fünf Stunden zurückgelegt, so daß beispielsweise ein Passagier 5 Stunden nach seiner Ankunft in Cherbourg in Paris einreisen kann. Umgekehrt bietet diese Linienverbindung für die nach Amerika Reisenden die Möglichkeit, die wenigen Stunden vor Abgang des Dampfers in Cherbourg sich in Paris aufzuhalten. Die **Genoffe** von Cherbourg ist in gemäßigter Umgebung gehalten.

Wetter bis Mittwoch mittag. Anfangs nach trocken und heiler bei schwachen, südlichen Winden. Später, besonders im Westen, veränderlich mit Gewittern und aufziehenden, nach West drehenden Winden. Ueberall sehr warm.

Kanflavin-Pastillen

(auf gelöst) zur Desinfektion der Mund- und Rachenhöhlen besonders bei

Grippe, Halsentzündung, Berührung

Erhältlich in den Apotheken u. Drogerien

Alte Reserve

Winkelhaus

die deutsche Weinbrandmarke

